

erklärt habe. Es sei doch auch sehr wünschenswerth, daß die allgemeine Frage von ganz unbefangener und unparteiischer Seite behandelt werde. Schippel habe sich literarisch unausgesetzt damit beschäftigt und sei sehr genau orientirt.

Webel wünscht für den Fall der Annahme des Vorschlages Schippel's auch die Bestellung eines Korreferenten.

Legien wird darauf zum Referenten gewählt und erklärt die Annahme des Auftrags. Zum Korreferenten wird Auer bestellt.

Der Antrag 3 (Wahrung und Ausbau des Koalitionsrechts) wird von Nibel, Leipzig begründet, von Jacobey und Albert-Düsseldorf bekämpft.

Webel beantragt, ferner auf die Tagesordnung zu nehmen die Besprechung des Punktes: „Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen.“ Zur Begründung führt er aus, daß er mit demselben Antrage gelegentlich der Feststellung der provisorischen Tagesordnung beim Parteivorstande abgeblüht sei und nun den Versuch beim Parteitage wiederholen müsse, da er die Erörterung bei der hohen Wichtigkeit der Frage für unumgänglich halte. Der Antrag sei im Parteivorstande abgelehnt worden zu einer Zeit, wo die Ereignisse in Oesterreich, die ebenfalls für die Erörterung sprächen, noch nicht eingetreten gewesen seien. Man dürfe einer für Preußen so hochbedeutungsvollen Frage nicht Gewehr bei Fuß gegenüber stehen. Nachdem auch der „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ sich mit der Frage beschäftigt und positive Vorschläge gemacht hätten, sei es nöthig, prinzipiell Stellung zu nehmen. Zu keiner Zeit habe die Gelegenheit zur Diskussion dieser Frage so günstig gelegen als heute, wo das Dreiklassenwahlsystem sich als unmöglich und nicht mehr aufrecht zu erhalten allgemein erweise, wo nach dem Vorgange Oesterreichs auch der preussischen Regierung die Erleuchtung aufdämmere, daß auch offiziell dieses System nicht mehr zu halten sei. Im bairischen Landtage habe man erlebt, daß die Centrumspartei sich direkt feindlich gegen das allgemeine Stimmrecht erklärt habe. Es liege also in der Wahlrechtsfrage ein außerordentlich wichtiges Agitationsmittel. Der Angelegenheit sei bisher von der Parteipresse, auch vom Zentralorgan, viel zu wenig Beachtung geschenkt worden, und diese Gleichgiltigkeit habe den Herren oben erst den Muth gegeben, an diesem verrotteten System festzuhalten. Es sei hochwichtig, zu erörtern, ob und wie man mit einer Agitation für das allgemeine Wahlrecht auch zu den Landtagen vorgehen solle.

Auer: Die Mittheilung Webel's könnte mißverstanden werden. Von seinem Antrag war in der betreffenden, gemeinsam mit den Kontrollleuren abgehaltenen Vorstandssitzung nur nebenächlich die Rede; auch hat Webel nicht mit der sonst an ihm gewohnten Energie auf seinem Antrag bestanden. So sind wir aus Nützlichkeitsgründen,

K

mit Rücksicht auf die ohnehin umfangreiche Tagesordnung und mit Rücksicht auf die Verhandlung des Punktes Antisemitismus, den wir auf die Tagesordnung setzten, um den lächerlichen Vorwurf zu entkräften, als getrauten wir uns an diese Frage nicht heran, zur Ablehnung des Antrags Webel gekommen. Nachdem seit jener Zeit durch des Grafen Taaffe unerforschlichen Rathschluß Oesterreich plötzlich vor die Frage des Uebergangs zum allgemeinen Wahlrecht gestellt ist, hat sich die Situation geändert, und hat der Vorstand nichts mehr gegen die Erörterung. Dann muß aber dafür auch ein Referent bestellt werden. Hat doch gerade die „Kölnische Volkszeitung“ behauptet, der Artikel Bernstein's in der „Neuen Zeit“ sei ein Fühler gewesen, man sei aber damit nicht durchgebrungen.

Der Antrag Webel wird mit großer Mehrheit angenommen und zum Referenten Webel gewählt.

Es wird ferner beschlossen, die Gewerkschaftsfrage an die sechste Stelle der Tagesordnung, die Wahlrechtsfrage an die vorletzte Stelle zu setzen. Die so veränderte Tagesordnung wird definitiv angenommen.

Die Sitzungen des Parteitags sollen auch diesmal täglich von von 9—1 und von 3—7 Uhr stattfinden.

Schluß gegen 9 Uhr.

## Erster Verhandlungstag.

Montag den 23. Oktober.

Vormittagsitzung.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Unter den zahlreich eingegangenen Begrüßungsschreiben befindet sich auch eins vom Allgemeinen Arbeiterverein in Sofia, durch welches das bulgarische Proletariat dem deutschen Parteitag seine Sympathie kundgibt.

Der Parteitag tritt darauf in die Tagesordnung ein.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die ersten drei Punkte der Tagesordnung gemeinsam verhandelt und sämmtliche zu diesen Punkten gestellten Anträge mit zur Diskussion gestellt. Die Verhandlung eriret sich demnach auf:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: F. Auer
2. Bericht der Kontrollleure Berichterstatter: S. Meiter.
3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation.

Berichterstatter Auer: Parteigenossen! Der Geschäftsbericht, der den Vertrauenspersonen zugegangen ist und auch in der Parteipresse Aufnahme gefunden hat, ist umiangreicher ausgefallen als in früheren Jahren. Ich kann deshalb als Berichterstatter mich kurz fassen und will nur einige Punkte berühren.

Im Vorbergrunde des Berichtes steht die Organisation. Der erste große Wahlkampf, den wir unter der neuen Organisation zu

K

kämpfen hatten, ist in der Form, wie wir sie vor dem Sozialisten-gelese gewohnt waren, nicht wieder aufgenommen worden; an die Stelle der Zentralisation ist die Dezentralisation getreten. Ich kann hier nur wiederholen, was im Bericht bereits gesagt ist, daß der neue Agitationsplan sich bewährt hat. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht vielleicht dieses oder jenes nach irgend einer Richtung noch hätte geschehen können, was, vielleicht nicht zum Vortheil unserer Bewegung, unterblieben ist. Die Mängel, welche fühlbar geworden sind, lassen sich meistens darauf zurückführen, daß in den Lokal- und Provinzialkomitees, welche mit der Leitung der Wahlbewegung betraut waren, nicht immer die geeigneten Kräfte vorhanden waren; wo sich diese fanden, hat sich die Organisation vorzüglich bewährt. Die frühere Einrichtung, alles von einer Zentralstelle aus zu leiten, konnte bei dem Umfange, den die Partei genommen hat, nicht mehr beibehalten werden. Die Zentralleitung hat sich in der Hauptsache darauf beschränken müssen, in dem Kampfe Munition zu liefern, und zwar zunächst in Gestalt von Geld, worüber der Rapportbericht nähere Auskunft giebt. Ferner hatten wir die geistigen Waffen für die Agitation zu beschaffen, worüber gleichfalls der Vorstandsbereich das Nähere angiebt. Die Frage, ob alles geschehen ist, was hätte geschehen können oder was die einzelnen Genossen in den verschiedenen Orten gewünscht hätten, daß es geschehe, jetzt zu berühren, habe ich keinen Anlaß. Ich persönlich habe als Mitglied der Zentralleitung die volle Ueberzeugung, daß wir alles aufs Schönste gemacht haben (Weiterkeit), und ebenso selbstverständlich ist ein wesentlicher Bruchtheil der hier anwesenden Genossen der entgegen gesetzten Meinung. (Weiterkeit.) Was auf die Klagen, denen wir entgegen sehen, zu antworten ist, wird die Debatte ergeben. Wir glauben thatsächlich, daß alles gethan worden ist, was sich unter den gegebenen Umständen thun ließ. Daß nicht noch mehr geschehen ist, liegt zum Theil an den großen Schwierigkeiten, welche speziell bei der Landagitation zu überwinden waren. Für den Fleiß, welchen die Genossen in dieser Richtung gezeigt haben, ist uns durch die Reichstagswahlen reiche Ernte und reicher Lohn zu Theil geworden. Kreise, welche fast einen rein agrarischen Charakter tragen, haben ganz überraschende Wahlergebnisse geliefert, so namentlich Pommern und Mecklenburg, aber nicht minder der deutsche Süden, besonders Bayern. Wir vermiffen heute leider die dortigen führenden Genossen. Wenn die Freunde nicht kommen, nicht kommen können von dort, weil ihre derzeitige Thätigkeit im Landtag sie zu sehr in Anspruch nimmt, so wollen wir daraus den Schluß ziehen, daß es vielleicht angebracht ist, mit unserm nächsten Parteitag mehr nach Süden zu gehen. (Zustimmung.) Wenn der Berg nicht zu Muhamed kommt, muß Muhamed eben zum Berge gehen. (Weiterkeit.)

K

Ich will nun ein paar Worte über die Flugschriften-Literatur sprechen. In diesem Punkte sind wir immer noch bei dem alten Herkommen stehen geblieben, daß der Parteitag Beschlüsse faßt, der Parteivorstand möge für gute Flugschriften Sorge tragen. Solches zu beschließen ist sehr einfach, die Ausführung aber schwierig. Wir haben uns mit Versuchen abgemüht, aber unsere Schritte nach dieser Richtung haben die Erfolge nicht gezeigt, welche wir alle gewünscht hätten. Dagegen sind überraschenderweise vielfach Flugblätter aus den Kreisen der Genossen heraus ganz spontan entstanden, speziell in ländlichen Gebieten, welche großen Erfolg gehabt haben, weil sie den besonderen Verhältnissen der betreffenden Gebiete angepaßt waren. Flugschriften zu liefern, die überall hin passen, ist eine sehr schwere, wenn nicht unmögliche Aufgabe. Es ist etwas ganz anderes, Flugschriften für die ländliche Bevölkerung in Pommern oder in Bayern u. s. w. zu verfassen. Wer den Charakter der betreffenden Bevölkerung kennt, die Verhältnisse studirt hat und namentlich auch die Sprache dieser Bevölkerung spricht, hat Aussicht auf den meisten Erfolg.

Unser wichtigstes Agitationsmittel ist die Presse. In der Zahl unserer Preborgane hat sich eine nennenswerthe Aenderung nicht vollzogen. Die Zahl der Abonnements hat sich jedoch sehr erfreulich gehoben. Parteiblätter, welche heute noch an dem Uebelstande einer mangelhaften Verwaltung leiden, sind mir fast gar nicht mehr bekannt, und uns im Parteivorstande müßten sie doch bekannt sein, da man bekanntlich, wenn es schiefl geht, sich in der Regel an das große Geldreservoir in Berlin wendet. Auch die 50000 Mk., welche in diesem Jahre für die lokale Parteipresse gegeben wurden, werden ganz sicher nicht als verlorenes Geld zu betrachten sein. Irgend etwas aber werden wir für die Parteipresse immerhin auch später noch zu thun haben; das liegt in der Natur der Sache und ist um so notwendiger, als zweifellos die mündliche Agitation lange nicht mehr in dem Umfange, wie noch vor 15 oder 20 Jahren, der Träger der agitatorischen Thätigkeit ist. Hier hat die Presse ein großes Feld gewonnen. Der mündlichen Agitation treten große Schwierigkeiten entgegen; die Saalabtreibereien, die bekannten Liebenswürdigkeiten vieler Polizeibehörden haben große Hindernisse geschaffen. Dazu kommt, daß die Ansprüche an die Redner in den Versammlungen immer mehr wachsen. Das Verlangen nach bekannteren Rednern wurde in gleicher Weise wie früher laut. Die Ansprüche, welche von den Genossen in dieser Richtung gestellt wurden, sind beim besten Willen nicht zu erfüllen gewesen. In dem Maße, wie die mündliche Agitation nicht mehr ausreicht, tritt die Presse an ihre Stelle. Sie ist auch noch keineswegs so verbreitet, wie wir wünschen müssen; es werden auch noch neue Blätter kommen, wiewgleich wir vor unüberlegten Neugründungen nach wie vor warnen.

K

Es ist vom vorigen Parteitag beschlossen worden, eine geeignete Jugendliteratur zu schaffen. Wir haben uns redlich bemüht, diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen; es waren sogar schon die Prospekte gedruckt, das Papier für die ersten Probehefte war schon gekauft, und schließlich hat aus rein persönlichen Verhältnissen das Blatt doch nicht erscheinen können. Wir haben im Parteivorstande das Bestreben, nur das Beste zu geben, andererseits haben wir tausend Rücksichten zu nehmen, jeder Beschluß in dieser Beziehung hat Konsequenzen im Gefolge, die uns das Beschließen und Entscheiden außerordentlich schwer machen. Wir tragen diese Konsequenzen nicht persönlich, sondern wir engagieren damit immer die gesammte Partei, und das macht das Entscheiden für uns viel schwerer als für jeden beliebigen Privat- oder Geschäftsmann. In Betracht kommt auch, daß seit 1890, seit dem Hallenser Parteitag eine solche Inanspruchnahme der vorhandenen Kräfte, welche für die Leitung der Presse geeignet sind, stattgefunden hat, daß schließlich ein Mangel sich bemerkbar macht. Gewiß sind noch andere Kräfte vorhanden, aber wir kennen sie nicht. Als wir letzthin die Redaktion der „Neuen Welt“ besetzen mußten, haben wir sogar Duhende von Angeboten erhalten, aber hier hieß es wieder: Wer die Wahl hat, hat die Qual. Ich will die persönlichen Fragen indeß nicht weiter erörtern.

Unter den Anträgen bezüglich der Presse befinden sich eine ganze Reihe welche ein neues Organ verlangen, ein „Zentral-Wochenblatt“. Die Gründe, welche für die Schaffung eines solchen Blattes sprechen, mehren sich fast täglich. Die auswärtigen Genossen dringen mit Nachdruck darauf; sie erklären diese Gründung für absolut notwendig. Diese Frage wird uns sehr eingehend beschäftigen müssen. Für mich wäre sie schon entschieden, wenn ich nur wüßte, wen wir mit der Leitung betrauen sollen; die Notwendigkeit ist für mich gegeben, aber wo finden wir den rechten Mann für dieses Blatt? Ich wünsche lebhaft, daß die Antragsteller uns mittheilen könnten, wer das neue Blatt redigieren soll. Ohne Lösung dieser Hauptfrage wird es uns mit dem Beschluß wahrscheinlich so gehen, wie mit dem vorjährigen bezüglich der Jugendliteratur; wir werden Ihnen dann nächstes Jahr sagen müssen: Es wär' zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein. (Weiterkeit) Die ausländischen Parteigenossen können den „Vorwärts“ nicht lesen, weil dieser als Tageblatt für das Ausland viel zu theuer ist; sie greifen deshalb vielfach zu dem „unabhängigen“ „Sozialist“, und das können wir in der That nicht wünschen. Wenn nun in München die Ansicht geküßert wurde, daß dieses neu zu schaffende Organ dazu bestimmt sein sollte, die ländliche Bevölkerung zu erobern, so habe ich mich sehr gewundert, daß aus so bereitem und erfahrenem Munde eine so falsche Ansicht kommen

K

konnte. Wir haben nicht die Meinung, daß dieses Blatt etwa in Konkurrenz treten soll mit der Halberstädter „Sonntagszeitung“ (Weiterkeit). Ich warne nur nochmals davor, zu sagen: wenn nur erst der Sattel da ist, der Gaul wird sich schon finden. Mit diesem Rezept haben wir oft gearbeitet, sollten das aber jetzt endlich unterlassen. In Bezug auf die Organisation könnte Eines schon jetzt geschehen, nämlich daß die Parteigenossen an den einzelnen Orten die gute alte Gewohnheit, ab und zu eine Postanweisung an den Parteifassirer zu richten, nicht ganz aus der Übung kommen lassen. Der Vorstandsbericht ergibt, daß wir viele und große Parteiorde haben, welche auf der betreffenden Liste fehlen. (Weiterkeit.)

Berichterstatter der Kontrolleure Meister: Die Kontrolleure haben im abgelautenen Jahre bei der Kassenrevision den Modus eingeführt, daß zu allen Revisionen sämtliche Kontrolleure zugezogen wurden. Beschwerden sind im Laufe des ganzen Jahres nur vier eingelaufen; und nur eine beanspruchte größere Bedeutung; die Königsberger Genossen glaubten sich nämlich bezüglich des Organs für Ost- und Westpreußen benachtheiligt. Die Königsberger verlangten ein täglich erscheinendes Blatt, das in Königsberg gedruckt werden sollte. Der Vorstand schlug ein gemeinsames Blatt für Ost- und Westpreußen vor. Königsberg lehnte es ab. Auf den Vorschlag Königsbergs ging der Vorstand nicht ein, weil ein jährlicher Zuschuß von 20 000 Mk. erforderlich gewesen wäre. Die Kontrolleure schlossen sich dieser Ablehnung an. Zwei andere Beschwerden betrafen Unterstützungsersuche. Auch hier hat der Vorstand mit seiner Ablehnung die Billigung der Kontrolleure gefunden. Der eine Fall in Reibe betraf eine rein gewerkschaftliche Sache; der andere war rein persönlicher Art und ist durch Vermittelung beigelegt worden. Eine vierte Beschwerde betraf die Erstattung von Gerichtskosten. Der Fall hat sich in Erfurt zugetragen. Der Vorstand lehnte das Gesuch ab; im Auftrage der Kontrolleure zog ich in Erfurt persönliche Informationen ein, und die Erfurter Genossen billigten völlig die Ablehnung. Es handelt sich um eine geradezu frivol herbeigeführte Verurtheilung, das Parteinteresse kam gar nicht in Frage. Auf Grund dieser Entscheidung der Erfurter Genossen und einer dazu anberaumten besonderen Konferenz haben wir uns ebenfalls für Ablehnung entschieden.

Anderes stehen die Kontrolleure zur Frage der Presseunterstützungen. Wir können die Hoffnungen und Wünsche Auer's in Bezug auf die Presse nicht theilen. Der Vorstand hätte bei der Bewilligung von Unterstützungsgebern für die Presse halbstärkiger sein können. Hierin befinden sich die Kontrolleure einmüthig im Gegensatz zum Vorstand. Die Blattgründungen in der Provinz werden im Hinblick auf die große Krippe zu leichtsinnig vorgenommen. Gewiß hat der Vorstand nur dem äußersten Drängen der betreffenden Partei-

K

genossen nachgegeben; aber es heißt ein schlechtes Beispiel geben, und die so zahlreichen Wünsche betreffend Neugründungen von Blättern geradezu ermuntern, wenn die Genossen sich derart auf die bisher gezahlten Unterstützungen berufen können. Was die Revisionen anbelangt, so haben wir dieselben dies Jahr auch auf den „Vorwärts“ und die Buchhandlung ausgedehnt. Die Führung der Kassendbücher war sehr präzise und exact, ein Monitum war nicht zu ziehen. Bei der Revision der Buchhandlung trat hervor, daß manche Genossen säumig im Zahlen sind. 150 Mahndbriefe mußten verfaßt werden, die zum Theil auch Erfolg hatten. Möchten die Genossen an den einzelnen Orten die Kontrolle mit ausüben. Namens der Kontrolleure beantrage ich Decharge für den Kassirer und alle in Betracht kommenden Parteibeamten.

Nach der Erstattung der Reserate wird zunächst bezüglich der vorliegenden Anträge die Unterstützungsfrage gestellt. Bereits gedruckt befinden sich in der Vorlage die Anträge 29—61, welche sich auf die Presse, und 62—70, welche sich auf die Agitation bezw. auf die Taktik beziehen. Sämmtliche Anträge werden hinreichend unterstützt. Ebenso genügt die Unterstützung für die folgenden erst nach Ablauf der statutarischen Frist eingegangenen Anträge:

Antrag 108: Herausgabe einer Statistik der Reichstagswahlen von 1890/93.

Antrag 109: Beibehaltung des „Volksblattes für Lettow“.

Antrag 110: Gründung eines wöchentlich erscheinenden offiziellen Parteiorgans.

Antrag 111: Bessere Ausgestaltung des „Volksblatt für Ost- und Westpreußen“ betreffend.

Antrag 113: Herstellung eines Flugblattes für die Landagitation unter besonderer Beleuchtung der Gefindeordnung.

Antrag 114: Herausgabe zweisprachiger Flugblätter für Elsaß-Lothringen.

Eine dem Parteitag übermittelte Resolution einer am 24. September in Fürth abgehaltenen Versammlung verlangt für Fürth eine eigene Presse, da die Interessen Fürths durch das vorhandene Organ nicht genügende Berücksichtigung finden.

Es wird nunmehr in die Diskussion eingetreten.

Fuchs-München geht zunächst auf die „Neue Welt“ ein, in deren Leitung und Haltung er jeden Fortschritt vermisst. Namentlich seien die Illustrationen nichts werth und für ein Arbeiterblatt nicht geeignet. Es fehle nicht an Kräften für eine wirklich tüchtige Redaktion; da seien doch Leute vorhanden, wie Karl Gendell und Leopold Jacoby, warum wende man sich nicht an die? Ein Blatt von einer Auflage von 200,000 müßte Besseres leisten; unzweifelhaft leiste der Münchener „Postillon“ mit seinen 40,000 Abonnenten mehr. (Zurufe.) Für das in Aussicht genommene Wochenblatt sei

K

eine sehr tüchtige Kraft Dr. Zug-Magdeburg, ferner seien als Mitarbeiter vorzüglich geeignet Schippel für Statistik, Schönlauff für Theoretisches, außerdem Bumm, Legien, Stern und Groß in Stuttgart; von Auswärtigen würden sich Gendell, Leo Frankl, Wastilleff und Steck-Bern, Lang-Zürich, Aeling und Bernheim-London, Löwenfeld-München gern zur Mitarbeit bereit finden lassen.

Vertel-Mürnberg weist zur Entschuldigang des Ausbleibens der bayerischen Abgeordneten auf die wichtigen Kammerverhandlungen in München hin und ersucht gleichzeitig, im „Vorwärts“ auf bessere, ausführlichere Berichterstattung über dieselben Bedacht zu nehmen. Medner bespricht dann die Landagitation. Es gehe allerdings nicht an, einfach die Parteileitung mit der Ausführung allgemeiner Beschlüsse zu beauftragen; es müsse aus der Mitte der Partei in dieser Beziehung mehr geschehen. Andererseits hätte man nicht völlig industrieloze Bezirke in Angriff nehmen sollen. Sehr gut bewährt hätten sich in Bayern die Wahlkreis- und Provinzkonferenzen. Vor kopflosen Gründungen neuer Blätter, wie sie auch in Bayern vorgekommen, sei auch heute noch energisch zu warnen; den einzelnen Provinzialparteitagen müsse in solchen Fragen die oberste Entscheidung übertragen werden.

Herbert-Stettin: In der Landagitation hätte mehr geleistet werden können, wenn reichlichere Mittel vorhanden gewesen wären. Die nothwendigsten Mittel sind allerdings stets bereitwillig hergegeben worden. Für die Belegung der Landagitation möchte sich ein Monatsblatt besser als ein Wochenblatt empfehlen, welches lediglich die bestehenden Wochenblätter ersdrücken würde. In den größeren Orten jeder Provinz müßte mindestens ein Genosse ständig unterstützt werden, damit er vor Maßregelung geschützt ist und sich ganz der Agitation hingeben kann; die Mittel hierfür zu verwenden wäre zweckdienlicher als die Hingabe so vieler Tausende an die Presse. Auf die Gründung des Wochenblattes bittet Medner nicht einzugehen, schon wegen der dadurch für die bestehenden Wochenblätter erwachsenden Konkurrenz. Ebenso ersucht er, den Antrag auf Theilung des „Vorwärts“ abzulehnen, schon des Kostenpunktes wegen. Die vielen Fremdwörter im „Vorwärts“ seien zu vermeiden; es müsse doch auf das durchschnittliche Bildungsniveau der Parteigenossen Rücksicht genommen werden.

Eberle-Warmen bringt eine spezielle Barmer Angelegenheit zur Sprache. Der Parteivorstand habe ein Gesuch um 4000 Mk. zur Unterstützung der streikenden Riemen dreher abgelehnt, mit der Motivierung, daß die Gelder der Partei in erster Linie zur Führung des politischen Kampfes zusammengebracht seien. Die Barmer Genossen könnten diesen Standpunkt nicht anerkennen.

Bogatsch-Urnsmaße bestreitet, daß auf dem Gebiete der Landagitation seitens des Parteivorstandes alles geschehen sei, was hätte

K

gesehen können. Für die Landagitation seien die großen Agitationstouren nicht am Platze, wie man sie bisher veranstaltet habe, namentlich auch nicht der „Klimbin“, wie er mit Pauken und Trompeten von Berlin aus in Szene gesetzt sei. Man solle die gestellten Anträge auf Förderung einer planmäßigen Agitation in dem Sinne annehmen, daß an den Feiertagen schlagfertige Diskussionsredner aufs Land hinausgeschickt und für ihre agitatorische Thätigkeit entschädigt werden. Die Gründung eines Zentralwochenblatts empfehle Redner als zweckentsprechend.

Zubeil-Teltow tritt lebhaft für den Antrag ein, das Redaktionspersonal des „Vorwärts“ erheblich zu vermehren. Siebfnacht und zwei weitere Redakteure seien Abgeordnete und durch ihre parlamentarische und sonstige agitatorische Thätigkeit der Mitwirkung an dem Blatte vielfach entzogen. Ein politischer, nicht im Reichstage sitzender Redakteur und ein Lokal-Redakteur muß noch ständig angestellt werden. Die „Neue Welt“ sei das nicht geworden, was sie habe werden sollen; zumal was sie den Frauen biete, genüge nicht entfernt.

Millarg-Berlin VI. spricht sich für die möglichste Förderung der Agitation unter der polnischen Bevölkerung aus, die das Hauptkontingent zu den Lohndrückern und Streikbrechern in Berlin und im Westen stelle. Der Wahlkreis begrüße mit vollster Sympathie den Gedanken der Begründung eines Wochenblatts. Gegen die Haltung des „Vorwärts“ sei in mancher Beziehung nach wie vor begründeter Einspruch erhoben worden; die Preßkommission habe nur beschränkten Einfluß. Die Genossen des VI. Wahlkreises empfehlen ferner die Annahme des Antrages auf Verwerfung jenes Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen.

Schulze-Königsberg: Der Streit der Königsberger Genossen mit dem Parteivorstand wegen eines Provinzialorgans hat seine Erlebigung durch die Gründung eines Wochenblatts gefunden, welches die Königsberger ins Leben gerufen haben und welches viel mehr Verbreitung findet, als ein täglich erscheinendes Blatt würde finden können. Die Landagitation muß Sache der Landeskomitees sein; schablonisiren läßt sich das nicht, denn nicht einmal innerhalb einer einzelnen Provinz sind die Verhältnisse überall ganz die gleichen. Neben den täglichen Blättern müssen zur Förderung der Agitation Wochenblätter vorhanden sein, die von dem in der Provinz erscheinenden Lugeblatte ausgehen; außerdem müssen kleine Flugschriften vertheilt werden nach Art des: „Mutter, was läuft denn der Herr Gensdarm so?“ welches in Ost- und Westpreußen sehr gut gewirkt hat, besser als Redner wirken können. Der Vortheil der Entsendung von Diskussionsrednern auf das Land an den Festtagen würde in keinem Verhältniß zu den Kosten stehen. Das geplante Zentral-Wochenblatt wird den vorhandenen Wochenblättern

keine Konkurrenz machen. Der Antrag muß endlich einmal angenommen werden, denn die Genossen im Auslande können ein solches Organ nicht entbehren.

Schrader-Dänabrück rechtfertigt das Verlangen der Parteigenossen in der Provinz nach bekannten Rednern für die Agitation. Die vielgenannten Genossen sollten sich in der That mehr daran gewöhnen, die ländlichen Bezirke mehr zu besuchen und in direkten Verkehr mit der Landbevölkerung zu treten, damit diesen das ihr besonders von der Gemüchlichkeit eingefößte Vorurtheil benommen wird, als verfolgten die eigentlichen Leiter der Partei ganz andere Ziele als die Landagitatoren, die der bäuerlichen Bevölkerung zum Munde redeten.

Guber-Ludwigshafen erklärt sich für Gründung eines Wochenblatts. Wolle man dieses Unternehmen nicht der Partei überlassen, so möge man es dem Genossen Dieh in Stuttgart übertragen, dem es wie alle seine sonstigen literarischen Unternehmungen gelingen würde. Bei der Landagitation dürfe nicht zu sehr kritisch, sondern es müsse mehr belehrend vorgegangen werden.

Schoenlant-Berlin: Auer hat 1890 gesagt, unsere Zeitungen würden in Zukunft pekuniär wesentlich das Rückgrat der Partei zu bilden haben. Man kann diesen Standpunkt gelten lassen, aber lediglich als milchende Kuh, als Mittel, um große Ueberflüsse herauszuquetschen, darf unsere Parteipresse, die wichtigste Waffe, die wir im politischen Kampf zur Verfügung haben, nicht betrachtet werden. Das Zentralorgan der Partei, das leitende Blatt, der „Vorwärts“, den die Gegner lesen, der auf den grünen Tischen der Behörden, der Minister liegt, muß gegen alle Angriffe hieb- und schußfest sein. Ich selbst war Redakteur des „Vorwärts“ und bin jahrelang in der Parteipresse thätig; ich kann wohl einige Sachverständigkeit beanspruchen, und ich behaupte, der „Vorwärts“ ist nicht hieb- und schußfest, er verdient die schärfste Kritik. Aber das ist nicht die Schuld der Redaktion, sondern des Systems, auf dem der „Vorwärts“ bis jetzt aufgebaut ist. Es ist für die vorhandenen Redakteure einfach unmöglich, die Arbeit zu bewältigen; ihre Zahl ist zu gering. Der „Vorwärts“ soll nicht nur als Bannerträger unserer großen Ideen unser Programm grundsätzlich vertreten, der „Vorwärts“ muß auch ein aktuelles Blatt sein. Er ist nicht nur ein Parteiorgan, er hat auch mit allen bürgerlichen Parteien den Kampf zu führen. Er erscheint in Berlin, dem geistigen Mittelpunkt der deutschen Tagesliteratur, wo die redaktionelle Technik mit dem äußersten Raffinement betrieben wird. Da darf er nicht nachhinken, nicht spät oder ungenügend berichten. Noch im vorigen Jahre erklärte Nebel in Berlin 5 Redakteure als die Mindestzahl. Diese 5 hat der „Vorwärts“ aber nie gehabt. Siebfnacht ist unser bester Agitator, im Parlament unerfesslich, man

K

K

lann von ihm nicht verlangen, daß er neben allen seinen sonstigen Aufgaben auch den Posten eines Chefredakteurs so versteht, wie es nothwendig ist. Dem Blatte fehlt der wirkliche Chefredakteur. Liebnecht hat ja selbst bedauert, daß er nach Berlin verplant worden ist; er ist kein Bureauensch, er ist ein glänzender Journalist, ein genialer Schriftsteller, aber es ist ihm unmöglich, dabei noch das zu leisten, was ein Chefredakteur leisten muß. Die anderen Redakteure sind beispiellos überlastet. Der Redaktionsstab muß vermehrt werden, der „Vorwärts“ wird dann mehr leisten können, mag er auch statt 40 000 nur 35 000 oder 33 000 Mk. abwerfen. Der „Vorwärts“ liefert nicht die genügende politische Information; aus dem Zentralorgan der Partei soll sich aber jeder Parteigenosse vollständig unterrichten können, ohne auf bürgerliche Blätter angewiesen zu sein. Mehrfach sind sogar Provinzialparteiblätter dem „Vorwärts“ in dieser Hinsicht weit voraus. Ein solcher Zustand gereicht uns nicht zum Vortheil, er muß abgestellt werden.

Gewehr-Elberfeld freut sich, daß der Vorstand zu der Ansicht gekommen ist, die Agitation zu dezentralisiren, bedauert aber, daß die Ausföhrung zu spät erfolgt ist. In Bezug auf die Presse spricht sich Redner gegen die Kopfblätter aus. Die Kompromisse mit den anderen Parteien bei den Wahlen müssen aufhören. Wenn man auch die Genossen nicht zur strikten Stimmenenthaltung bei Stichwahlen, wie es der Antrag 69 wolle, zwingen könne, so müsse doch das Faktiren bei den Gemeinderathswahlen, wie es in Bayern in Blüthe stehe, ein Ende nehmen.

Albert-Düsseldorf empfiehlt die Annahme des Düsseldorfser Antrages 45, betreffs regelmäßiger Herausgabe populärer Flugblätter. Die Wahlen allein hätten niemals soviel Werth, um die Massen zur Mitarbeit für unsere Sache anzuspornen. Gerade die Zeiten politischer Ruhe und Stille müßten zur Agitation ausgenutzt werden. Einseitliche Flugblätter für das ganze Reich seien sehr wohl möglich. Um die geeignetste Form solcher Flugschriften ausfindig zu machen, empfiehlt Redner, ein Preisaus schreiben zu veranstalten. Was Schoenlauf vom „Vorwärts“ gesagt, finde auch auf die Provinzpresse vollauf Anwendung. Ein Zentral-Wochenblatt sei eine längst anerkannte Nothwendigkeit; der „Sozialdemokrat“ sei eingegangen, ohne daß für Ersatz gesorgt wäre. Das war ein Fehler, der auch verschuldet hat, daß der „Sozialist“ aufkommen konnte.

Guth-Düsseldorf: Soll das gewünschte Wochenblatt bloß ein zusammenge drängter „Vorwärts“ sein, so wird es den bestehenden Wochenblättern Konkurrenz machen. Besser wäre schon ein Monatsblatt, für welches allerdings eine ausgeprägte Individualität des Redakteurs erstes Erforderniß wäre. Die Druckaufträge der Partei

wünscht Redner nicht nur der Druckerei Bading oder Auer & Co., sondern auch anderen Parteigeschäften zugewendet zu sehen. Der Kölner Antrag, bezüglich der Neugründung von Blättern, wird vom Redner bekämpft, dagegen derjenige, bezüglich der Veröffentlichung der Vertrauensmännerliste, unterstützt.

Fochem-Dänzig: Der vorjährige Beschluß, betreffend die Gründung eines Blattes für Ost- und Westpreußen, ist in ganz ungeeigneter Weise ausgeführt worden. Man hat in dieser Beziehung von Berlin, von der Redaktion und Expedition des Blattes aus, eine Diktatur geübt, gegen die wir ganz entschieden protestiren müssen. Wir fordern vom Parteitag, daß er beschließen möge, den Genossen in Westpreußen bestimmten Raum in dem „Volkssblatt für Ost- und Westpreußen“ zu überlassen, damit dasselbe endlich den Anforderungen entspricht.

Klees-Magdeburg ist von seinen Genossen beauftragt, sich wiederum gegen die Herausgabe eines Wochenblattes auszusprechen. Der Parteivorstand habe sich bisher nicht darüber geäußert, wie er sich das Blatt gestaltet denkt. Wolle man den auswärtigen Genossen Rechnung tragen, so könne das doch nicht soweit gehen, die Deutschen die Verluste dafür tragen zu lassen. Man möge das Wochenblatt ablehnen und dafür eine Wochenbeilage des „Vorwärts“ einrichten. Im Sinne der Ausführungen von Zubeil und Schoenlauf spricht Redner für Verstärkung des Redaktionspersonals des „Vorwärts“.

Schmalfeldt-Bremerhaven befürwortet ebenfalls den letzteren Antrag. Das Zentral-Wochenblatt begrüßt er mit Freuden, er befürchtet nicht, daß der geeignete Redakteur nicht zu finden sein möchte. Anders stehe es mit den berechtigten Interessen der bestehenden Wochenblätter, die das neue Unternehmen gefährden würde, ohne Ersatz für dieselben bieten zu können. Die „Neue Welt“ taue nicht viel mehr als die untergeordneten Unterhaltungs-Beilagen der bürgerlichen Presse. Das Blatt sei zurückgeblieben und könne daher auch nicht in die Familien eindringen und dort die Gartenlaube u. dergl., die sich dort immer noch eingeknistet haben, verdrängen. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Im Punkte der Flugblätter wäre es sehr zweckmäßig gewesen, wenn der Parteivorstand von parteiwegen die brennende Frage der Tabakfabriksteuer ganz allgemein energisch in Angriff genommen hätte, denn diese Angelegenheit sei nicht etwa bloß eine solche der Tabakarbeiter, sondern berühre die ganze Arbeiterklasse.

Schulz-Wilhelmsburg äußert sich bezüglich der letzteren Frage in gleichem Sinne. Er unterstützt sodann die Forderung der Herausgabe eines Wochenblattes. Die Frage, ob die Agitation durch die materielle Unterstützung der Agitatoren im Wege der Gewährung von Mitteln zur Existenz gefördert wird, sei sehr zweifelhaft.

K

K

Günther-Braunschweig: Unser Landesparteitag hat den Antrag formuliert, ein Zentralblatt für die ländliche Bevölkerung zu gründen. Das Bedürfnis dafür kann wohl nicht bestritten werden; an Kräften für ein solches Blatt wird es nicht fehlen. Warum sollte Rebel dies bißchen Arbeit nicht auch noch übernehmen? (Geisterleit!) Bei der Agitation auf dem Lande kommt man nach Ansicht des Redners ganz gut mit den vorhandenen Kräften aus; jedenfalls seien junge Leute bei der Landbevölkerung weit weniger des Erfolges gewiß als Ältere. Die Frage der Religion müsse in den Reden in der Regel aus dem Spiel gelassen werden. Die schriftliche Agitation sei die Hauptsache.

Hiernach wird die weitere Berathung vertagt.

Schluß 1 Uhr.

#### Nachmittags-sitzung.

8 $\frac{1}{4}$  Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Vorsitzender Singer: Wir haben auch diesmal die Freude, einige Vertreter auswärtiger Bruderparteien auf unserm Parteitage begrüßen zu können. Unsere wackeren österreichischen Genossen, welche vor Kurzem den schönen Erfolg zu verzeichnen hatten, daß die österreichische Regierung, dem Drängen und der unermüdlichen Agitation der Sozialdemokratie nachgebend, die Vorlage betreffend die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gemacht hat, haben uns trotz des Kampfes, in dem sie stehen, im Gefühle der internationalen Brüderlichkeit einen Vertreter geschickt. Genosse Neumann ist im Auftrag der österreichischen Genossen anwesend. Ferner begrüßen wir zwei holländische Genossen, die, wenn auch nicht als offizielle Vertreter der holländischen Partei, doch gekommen sind, um ihre persönliche Theilnahme an der deutschen Bewegung durch ihre Anwesenheit bei unseren Verhandlungen zu bezeugen. Es sind die Genossen van Kol und Troelstra aus Amsterdäm.

Neumann: Genossen! Ich habe die Aufgabe, Ihnen die besten Grüße der österreichischen Genossen zu überbringen. Wir sind durch die Pflicht der Dankbarkeit gedrängt, anzuerkennen, in welchem hervorragendem Maße unsere Presse durch Ihre Zuwendung gefördert worden ist. Sie haben es dadurch möglich gemacht, daß die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ von einer Auflage von 11 000 auf 22 000 heraufgestiegen ist. (Bravo!) Wer unsere Preisverhältnisse, unsere elende Preisgesetzgebung kennt, wird zugeben müssen, daß ein solcher Erfolg als ein bedeutender zu erachten ist, und dazu haben eben Sie so hervorragend beigetragen. Es kommt hinzu, daß es uns möglich wurde, das objektive Verfahren, den größten Schandfleck der österreichischen Preisgesetzgebung, beinahe vollständig dadurch zu bekämpfen, daß wir, ehe es noch unserer Staatsanwaltschaft möglich ist, mit der Beschlagnahme vorzugehen, bereits

K

15 000 Exemplare hinausgebracht haben. (Bravo!) Dem Staatsanwalt ist natürlich sehr traurig zu Muthe über diese unsere Erfolge, da ihm ja sehr viel daran gelegen sein muß, die Verbreitung durch Beschlagnahme zu verhindern. Von 10 Nummern unseres Blattes werden gewöhnlich 8 beschlagnahmt, obwohl wir nicht für den Staatsanwalt schreiben; so werden Sie begreiflich finden, wie wichtig da rasche Verbreitung ist, und diese war uns ebenfalls durch die große Unterstützung seitens der deutschen Genossen ermöglicht. Die Wogen der politischen Bewegung gehen bei uns sehr hoch; wir sind in voller Arbeit begriffen. Die Wahlrechtsvorlage der Regierung giebt uns beinahe das allgemeine Wahlrecht, allerdings mit dem Bildungszensus. Alle politischen Parteien haben gegen diese Vorlage ganz entschiedene Stellung genommen; wir haben nun die Aufgabe und werden sie vollführen, alle Schichten der Bevölkerung, das ganze arbeitende Volk in einer Weise aufzuwühlen, daß die herrschenden Parteien nicht wagen werden, sich dauern gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu erklären. Dieser Erfolg der österreichischen Arbeiterschaft ist zurückzuführen auf eine lange Reihe eifriger Arbeiten; hervorragenden Theil daran hat auch die Durchführung der Matfeiter. Wie immer, wenn irgendwo Errungenschaften gemacht werden, sind sie nicht Errungenschaften des einen Landes, sondern der gesammten internationalen Sozialdemokratie; ebenso wie wir jeden Erfolg der deutschen Sozialdemokratie begrüßen und auch diesem Parteitag die besten Erfolge für die deutschen Genossen wünschen! (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion über die Punkte 1—3 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Weist-Röln: Ich schließe mich den Ausführungen Schoenlanf's über unser Zentralorgan größtentheils an, übersehe aber auch die Schwierigkeiten nicht, die sich seinen Wünschen entgegenstellen. Für die Agitation speziell im Rheinlande fehlt uns bisher eine Presse, die ausschließlich zugeschnitten ist auf den Kampf gegen den Klerikalismus. Während das Zentrum und andere bürgerliche Parteien gerade in Köln ihre bedeutendsten Organe haben, entbehren wir noch immer des Blattes, welches den Kampf gegen die Gegner täglich energisch aufnehmen kann. Den Wunsch nach einem solchen theilen mit mir Tausende von Kölner und rheinischen Genossen, welche mit mir den Antrag 116 stellen. — Die „Neue Welt“ war immerhin nach dem Berliner Parteitag etwas besser geworden; jetzt aber scheint der alte Schlandrian bald wieder einzureißen. Den Wunsch Schmalfeld's bezüglich der Flugblätter theile ich und muß gleichzeitig bedauern, daß das auf meinen Antrag 1892 beschlossene Flugblatt gegen den Militarismus erst so spät herausgekommen ist. Redner tadelt schließlich, daß die bayrischen Genossen abwesend sind; er könne die Berufung auf

K

die Theilnahme an den bayrischen Landtagsverhandlungen nicht gelten lassen, da doch das Parlament für die Partei nur Mittel zum Zweck, nicht aber Selbstzweck sei.

Vorsitzender Singer: Es ist ein Telegramm von Grillenberger eingelaufen, welches besagt, daß dieser unmdglich abkommen könne, da morgen die große Agrardebatte beginne; Wolmar aber sei durch Kränklichkeit behindert.

Koenen-Hamburg: Ueber die Ausführung des Beschlusses wegen der Jugendschrift hat Auer uns mitgetheilt, daß das Erscheinen schließlich aus persönlichen Rücksichten unterblieben sei. Dem Verfasser des Probeheftes hat man aber keinerlei Mittheilung über das Schicksal desselben gemacht; wenn, wie er und ich vermuthen, die Schreibweise nicht roth genug war, so hätte man ihm das mittheilen sollen. Wenn Schoenlank so berechtigt für die Hebung des „Vorwärts“ eintritt, so sollte er doch als tüchtiger Schriftsteller, der er ist, in der Redaktion bleiben. Mit einem Wochenblatte würden wir einen Mißgriff machen. Es fehlt schon jetzt an tüchtigen geistigen Kräften; die tüchtigen Mitglieder der Redaktionen ziehen sich mehr und mehr als selbständige Schriftsteller vom Tageskampfe zurück. Es kommt hier auch übermäßige Selbstschätzung ins Spiel. Nicht diese Bücher schreiben, sondern bei dem Tageskampfe bleiben, das ist echte Parteidisziplin. Ich richte diese Worte vor allem an die Schriftstellerei da drüben. (Große Heiterkeit.) Ich habe noch eine Frage an Webel. Er soll behauptet haben, daß die Beamten der Zentralkassen sich nicht genügend um die Parteiangelegenheiten kümmerten. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen diesen Vorwurf.

Zur Richtigstellung erhält das Wort

Auer: Das Probeheft der geplanten Jugendschrift habe ich vor mir. Wenn nun Koenen ausführt, der betreffende Genosse mißfe heute noch nicht, warum die Verhandlungen mit ihm abgebrochen wurden, so bedaure ich, daß dieser Genosse sich über die Gründe nicht klar geworden ist. Wir glaubten unserezeitig, ihm, allerdings in einer Form, die nicht verletzete, gesagt zu haben, daß seine Arbeit nicht genüge. Bei etwas gutem Willen hätte er das sehr wohl verstehen können.

Schulz-Berlin hält für ausgeschlossen, daß das Wochenblatt bestehende Blätter in ihrer Existenz schädigen könnte. Zur Landagitation könne es natürlich nicht verwendet werden; für diese seien populär gehaltene Flugblätter nöthig, welche die Haltung der Parteien, die neuen Steuerprojekte u. dergl. beleuchten. Solche Blätter sind von Zeit zu Zeit auf das Land hinauszuschicken und durch die Vertrauensmänner zu verbreiten. Denn die sonstige mündliche Agitation ist auf dem platten Lande vielfach gar nicht durchführbar, wie die letzte Wahlbewegung wiederum bewiesen hat.

Luz-Magdeburg: Der „Vorwärts“ hat nicht in erster Linie Ueberschüsse zu liefern, sondern vor Allem eine Zeitung zu sein; bisher sei er das noch nicht, sondern nur ein Organ für Polemik im großen Stil. Ungenügend war nicht bloß die Berichterstattung über die bayerischen Kammerverhandlungen; auch über den englischen Bergarbeiterstreik, die französischen Wahlen, die Revolution in Brasilien und zahlreiche andere wichtige Tagesereignisse ist nur unzulänglich oder auch gar nicht im „Vorwärts“ berichtet. Ein Kapitalist, der ein sozialdemokratisches Blatt gründete, würde mit Leichtigkeit 100 000 und mehr Abonnenten gewinnen, denn er würde schon im Geschäftszinsinteresse die höheren Gesichtspunkte zur Geltung bringen, die in der Leitung des „Vorwärts“ jetzt fehlen. Die Hauptschuld daran liegt in dem Umfande, daß die Mehrzahl der Redakteure durch ihr Reichstagsmandat dem Blatte entzogen werden. Diese größeren Gesichtspunkte aber fehlen auch und noch mehr bei der Provinzpresse, wo man auch hauptsächlich „Ueberschüsse machen“ will. Die charakteristischen Ausführungen von Koenen-Hamburg, der Antrag Eggers-Altona, ein Maximalgehalt für die Partei-Journalisten festzusetzen, zeigen, daß man vielfach in der Partei die Redakteure noch als Tintentulks betrachtet. (Heiterkeit.) Die Annahme des Antrags Eggers würde jedenfalls zur Bildung eines Fachvereins der Journalisten zur Wahrung ihrer Interessen gegen die Unternehmer führen. (Heiterkeit.) Der „Vorwärts“ würde vielleicht erheblich besser werden, wenn er als reines Lokalblatt mit den andern Berliner Blättern konkurrierte. Das „Hamburger Echo“ ist dem „Vorwärts“ gegenüber wirklich eine Zeitung (Webel: Mit viel geringeren Redaktionskosten!) Ein Zentralkostenblatt können wir in der That nicht mehr entbehren; uns fehlt mehr und mehr ein Organ zur Besprechung von reinen Parteiangelegenheiten. Die Erörterung der Frage der preussischen Landtagswahlen in der „Neuen Zeit“ war durchaus deplacirt. Der Antrag Günter-Braunschweig wegen Begründung eines Wochenblattes für die Landagitation hat trotz seiner anscheinenden Undurchführbarkeit doch sehr viel für sich, und wir müssen alles thun, um dieser Bitte nach Möglichkeit zu entsprechen. Im Wesentlichen sind ja auch die Verhältnisse für die halbhörigen Rösschen und für die ganz leib-eigenen landwirthschaftlichen Arbeiter dieselben.

Regien-Hamburg: Die Landbevölkerung wird viel eher durch Schriften als durch Vorträge für uns gewonnen. Der hannoversche „Volkswille“ giebt zu diesem Zwecke allmonatlich ein sehr wirksames Blättchen heraus, das nur viel zu theuer ist, worüber sich ein Uelzener Genosse bei dem Redner beklagt hat. Nicht für 5 Pf., sondern zum Selbstkostenpreise oder womöglich gratis müßte diese „Rundschau“ abgegeben werden. Jedenfalls dringt solche Literatur viel leichter in die Landbevölkerung ein. Das Verlangen, der Partei-

K

K



vorstand solle auch für diese Landagitation sorgen, ist unberechtigt; die Hauptarbeit fällt den Genossen selber zu. Fehlen im Parteivorstand aber etwa Arbeitskräfte, dann wäre der Parteitag berufen, dem abzuhelfen, sofern der Parteivorstand einen Antrag stellte. Die Parteigenossen von Hamburg 2 sind mit der Begründung eines Wochenblattes, das direkt ein Sprachrohr des Parteivorstandes bildet, und den thätigen Genossen eine bequeme Gelegenheit zur raschen und vollständigen Information zu geben vermag, durchaus einverstanden. An sachkundigen Personen für die Leitung wird es wirklich kaum fehlen. Das Blatt wird und soll kein Propagandablatt, sondern ein Orientierungsblatt werden.

Sachlich berichtigt Wurm, daß die „Kundschau“ nicht 5 Pf. kostet, sondern die Genossen zahlen für 1000 Stück 5 Mk., also per Stück 1/2 Pf. Die Uelgener Genossen haben 25 Mk. Unterstützung vom Parteivorstand zur Beschaffung dieses Blättchens erbeten und erhalten, aber von der letzten Nummer auch nicht ein einziges Exemplar bezogen!

Stein-Hanau weist auf die unter Mitwirkung von Polizeiorganen besorgte Sozialabtreiberei hin und fordert den Parteitag auf, Vorsorge zu treffen, daß alle derartigen Vorkommnisse im „Vorwärts“ veröffentlicht werden sollen. Für die Betreibung der Landagitation hält Redner die Niederlegung von Wahlkomitees und Unterkomitees für sehr vortheilhaft. Diese Kommissionen müßten dann aber auch selbst in ihren Agitationsbezirken hinaus und persönlich arbeiten.

Bérard, Geschäftsführer der Hamburger Druckerei: Die Klagen über die „Neue Welt“ sind fast größer als im vorigen Jahre, aber wenn auch nicht unberechtigt, doch größtentheils übertrieben. Fuchs verlangt, die „Neue Welt“ mit 200 000 Auflage müsse viel besser werden, da sein „Postillon“ mit 40 000 Auflage viel besser sei. Dieses Selbstlob war nicht gerade sehr geschmackvoll; erstaunlich aber ist es, ein Witzblatt mit der nach einer ganz anderen Richtung zu wirken bestimmten „Neuen Welt“ zu vergleichen. Der „Postillon“ kostet 10 Pf. die Nummer, die „Neue Welt“ das Tausend 11 Mk., die Nummer 1 1/10 Pf. Meist hat anerkannt, daß nach dem Berliner Parteitag der Inhalt stillschweigend viel besser geworden sei, daß es dann aber damit wieder nachgelassen habe. Daran trägt aber weder der Parteivorstand noch der Verlag die Schuld, sondern bedauerlicherweise hat der betreffende Redakteur — Sie wissen ja Alle, wie weit es mit ihm gekommen ist — seine Schuldigkeit nicht gethan. Kotsky führt die Redaktion erst seit einigen Wochen und hat bis jetzt sehr pünktlich und gewissenhaft gearbeitet. Der Wunsch der Kölner wegen den Illustrationen ist sehr berechtigt, aber wir sind auf die Hilfe anderer Blätter angewiesen und können nur darauf achten, Bilder zu bekommen,

K

die nicht allen Blättern zugänglich gemacht werden. Ein Originalbild kostet 3—400 Mk., wir brauchen sonach 15—20 000 Mk. das Jahr, während nur 3—4000 Mk. zur Verfügung stehen. Was Schmalfeld rügt, können wir nicht abstellen, es ist eben noch nicht überall das richtige Verständnis vorhanden. Schmalfeld weist auf die „Familienblätter“ wie „Gartenlaube“ und „Ueber Land und Meer“ hin und wünscht ein Parteiblatt ähnlichen Umfangs. Ich verweise ihn darauf, daß auch die alte „Neue Welt“ früher so in Hefen erschien, aber stets in großer Desizitnoth war und zu Grabe getragen worden ist, weil sie so enorme Zuschüsse erforderte. Parteivorstand und Verlag werden bemüht sein, dahin zu wirken, daß die „Neue Welt“ mehr den allgemeinen Wünschen entspricht, als es bisher der Fall war.

Ströbel-Riel betont, daß die Agitation sich wesentlich auch dem Mittelstande zuzuwenden habe. Derselbe sei, soweit er noch eristenzähig geblieben, wie in Schleswig-Holstein, sehr schwer zugänglich. Es fehle aber in dieser Beziehung vollständig an geeignetem Material. Dem Mittelstande gegenüber reiche die negative Kritik nicht aus, man müsse positive Vorschläge machen. Eine Materialiensammlung für die Landagitation würde jedenfalls diese mächtig fördern. Die Möglichkeit einer Besserung der Gestaltung der „Neuen Welt“ bezweifelt Redner; höchstens könnte man die lyrischen Gebichte besser auswählen. Schließlich erklärt sich Redner für das Wochenblatt und empfiehlt den Antrag, die stenographischen Berichte über die Militärdebatte im Reichstage in Broschürenform zum Selbstkostenpreise für die Agitation zu verabreichen.

Vienau-Neumünster: Eine gute Broschürenliteratur für die Landagitation kann zweckmäßig nur durch die Landeskomitees beschafft werden, deren Ausbau dringend wünschenswerth ist. Für Schleswig-Holstein hat der Parteivorstand leider in Bezug auf ein besonderes Blatt, welches wir gründeten, nicht die genügende Rücksicht bewiesen.

Dreyer-Kassel hält die für die Agitation durchgeführte Zentralisierung für sehr zweckmäßig, sieht aber in der Empfehlung eines Zentral-Wochenblattes einen Widerspruch gegen dieses Prinzip. Eine Wochenausgabe des „Vorwärts“ sei eher zu acceptiren; Flugblätter sollten von der Zentralfstelle überhaupt nicht mehr für die Landagitation geschrieben werden. Mit einem Preisausschreiben könnte man es allenfalls versuchen. Mit den Zuschüssen an die Parteiblätter sollte nicht mehr so freigiebig vorgegangen werden.

Liebkeacht: In der Debatte laufen leider so viele wichtige Thematata durcheinander, daß man schwer auch nur ein einziges genügend behandeln kann. Die Landagitation allein schon hätte einen Gegenstand für eine selbständige Debatte gebildet, und es ist bedauerlich, daß man sie mit allen möglichen anderen Dingen

K

zusammengeworfen hat. Betreffs der Agitation auf dem Lande ist das Ergebnis der allerdings sehr sprunghaften und wenig erschöpfenden Debatte im Ganzen recht befriedigend. Es gehen zwar einerseits die Meinungen sehr auseinander, andererseits aber zeigt sich doch auch das Erfreulichste, wie die Genossen überall gelernt haben, daß mit allgemeinen Redensarten nichts zu erreichen ist, daß das Land und die Bauern studirt werden müssen, daß die Verhältnisse überall verschoben sind und daß man mit Schablonnieren nichts ausrichtet. Und man hat tüchtig gelernt und begriffen, daß nicht bloß vor der Wahl, sondern fortwährend agitiert werden muß. Jahre lang vor der Wahl haben z. B. die Berliner Genossen förmlich probirt, wie sie die Landagitation am besten betreiben können, sie haben es auf die verschiedenste Weise versucht und schließlich das Richtige auch getroffen. Wir müssen eine andere Sprache lernen für das Landvolk, die städtische Sprache, unsere gewöhnliche Parteisprache, um mich so auszudrücken, wird von den Bauern gar nicht verstanden. Wir müssen ihnen die soziale Frage in ihrer Sprache, an ihrer eigenen Lage klar machen, und darum muß man diese aufs Gründlichste studiren. Der Bauer ist ein Materialist im schärfsten Sinne des Wortes — er will Thatsächliches, Thatsachen und pfeift auf Redensarten.

Die Meizer Genossen wollen zweisprachige Flugblätter. Das ist ein sehr berechtigtes Verlangen; wenn wir in Lothringen mit Flugblättern wirken wollen, muß der Text auch französisch sein, denn mit Ausnahme der eingewanderten Deutschen versteht dort namentlich auf dem Lande fast Niemand Deutsch.

Daß ein Zentral-Wochenblatt von der Partei herausgegeben werde, dafür bin ich von jeher gewesen. Ich habe bei Aufhebung des Sozialistengesetzes befürwortet, der „Vorwärts“ solle das Zentral-Tageblatt, die „Volkstribüne“ das Zentral-Wochenblatt und die „Neue Welt“ das Zentral-Monatsblatt sein. Nach der Lage der Dinge hat sich das nicht durchführen lassen. Jetzt kommt man von allen Seiten darauf, ein Blatt, ähnlich wie die „Volkstribüne“ ursprünglich geplant war, zu fordern — nicht etwa eine Wochenausgabe des „Vorwärts“, das ist unmöglich. Aber fragen wir nach dem Grund, weshalb sich die „Volkstribüne“ nicht halten hat, — dieser Grund bestimmt mich, heute gegen das Zentral-Wochenblatt zu reden und zu stimmen. Weshalb ging die „Volkstribüne“ ein? Weil sie nach Schippel's Abgang keinen passenden Redakteur hatte. Wäre einer gefunden, das Blatt würde nicht zu Grunde gegangen sein. Wenn der geeignete Redakteur gefunden ist, dann bin ich sofort für das neue Unternehmen, aber bisher haben wir ihn trotz eifrigsten Suchens nicht gefunden. Fuchs hat uns eine ganze Leporello-Viste von Redakteuren vorgeführt; die kennen wir auch, aber die können wir an einer der-

artigen Stelle nicht verwenden. Dazu gehören nicht bloß literarische Kenntnisse, nicht bloß die Fähigkeit, zu schreiben, sondern der Redakteur muß auch die Parteigeschichte kennen, er muß ein Politiker sein und ein bewährter Charakter. Das alles in einer Person zu finden, ist außerordentlich schwer. (Sehr richtig!) Bollmar sagte voriges Jahr auf dem Berliner Parteitag ganz richtig, statt ein neues Blatt zu gründen, sollten wir lieber das alte Parteiorgan, den „Vorwärts“, ordentlich besetzen. Und ich sage: Haben wir einen geeigneten Redakteur, so gebe man ihn uns in den „Vorwärts“.

Ich berühre nun kurz die einzelnen Vorwürfe gegen den „Vorwärts“. Dertel bemängelt, wir hätten die bayrischen Kammerdebatten und sonstigen Vorkommnisse nicht genügend berücksichtigt. Nun wir haben alle Anträge unserer Genossen abgedruckt, meist mit den Begründungen, und alle Resultate der Kammerverhandlungen mitgeteilt. Größere Berichte zu geben sind wir aber nicht in der Lage; es fehlt an Raum. Ich habe nach München geschrieben um kurze Berichte für den „Vorwärts“ und gebeten, uns zu schreiben, was man in unserem Blatt veröffentlicht wünschte. Hintergesetzt haben wir die Bayern also nicht. Der bayrische Landtag ist gewiß nicht wichtiger als der preussische, und wir haben die Berichte über dessen Verhandlungen häufig aus dem Blatt gelassen, weil sie nicht die Bedeutung derjenigen des Reichstags haben. Man hat uns aber keine bayrischen Berichte geliefert. Auch von den Verhandlungen des sächsischen Landtages haben wir fast niemals Berichte in dem „Vorwärts“ gebracht, und dann nur bei wichtigen Gelegenheiten und meist nur wenige Zeilen mit dem Allernothwendigsten. Die Partikularlandtage haben eben nicht ein allgemeines Interesse.

Luz hält uns vor, daß wir nicht nach genügend hohen Gesichtspunkten redigieren und daß die auswärtige Berichterstattung ungenügend sei, zumal die französische. Er ist selbst Redakteur, und ich weiß nicht, inwieweit er selbst nach diesen hohen Gesichtspunkten gehandelt hat. In Bezug auf unsere französische Berichterstattung kann ich ihm nur sagen: Nennt man die besten Namen in Frankreich, so nennt man auch die Namen unserer Korrespondenten. Leo Franck, Bailant, Lafargue, Wonnier, eine Zeit lang Guesde, das sind unsere französischen Korrespondenten. Daß sie im Urtheil voneinander abweichen, dafür können wir nicht, wir können sie nicht von Deutschland aus dirigieren; und gerade die Verschiedenheit giebt ein vollständigeres und richtigeres Bild. Mehr als wir von England bekommen, können wir nicht liefern. Ueber den Bergarbeiterstreik haben wir im Ganzen doch wohl die besten, zusammenfassenden Berichte von allen Zeitungen gebracht aus der Feder Bernstein's. Was die brasilianische Revolution angeht, so

sind diese Kabbalereien zwischen Klippen der herrschenden Klasse, wie sie in den südamerikanischen Karrikatur-Republiken an der Mode sind, für mich und wohl auch für die meisten von uns weniger wichtig, als eine Gemeinbewähl in irgend einem deutschen Orte. (Zustimmung.) Wenn Schoenlant die Redaktion des „Vorwärts“ kritisiert, so muß er ja allerdings die Fehler kennen, denn bis vor wenig Wochen ist er selbst in der Redaktion gewesen, er kritisiert also sich selber. Ich kenne die Fehler noch viel besser als er. Wir haben eben die passenden Leute für die Redaktion noch immer nicht in genügender Zahl gefunden. Nicht um größere Gesichtspunkte handelt es sich, sondern um ein größeres Maß von Kräften. Auch nicht eine Kostenfrage ist die Besetzung der Redaktionsstellen, sondern eine Personenfrage. In dieser jungen Partei sind noch nicht in ausreichendem Maße die Kräfte herangezogen worden, welche wir da brauchen. Früher, zur Zeit des „Volksstaat“, haben wir sie immer gefunden, weil jeder in der ganzen Partei, der etwas schreiben konnte, für den „Volksstaat“ schrieb. Jetzt, wo die Partei größer ist, finden wir die Kräfte nicht leichter, sondern unendlich viel schwerer. Nicht daß wir weniger Kräfte hätten — das wäre traurig; aber früher hatten wir einen Brennpunkt, jetzt haben wir deren an die Hundert in Deutschland, da ist eine weit umfassendere Thätigkeit zu entfalten, eine wohl viel größere Summe von Kraft nöthig. Hier liegt die Ursache des Uebels — und hat nichts Entmuthigendes — im Gegentheil — es ist die Folge der Größe, des außerordentlichen Wachstums der Partei. Im Augenblick, d. h. während Schmidt und ich hier sind, besteht die ganze Redaktion des „Vorwärts“ aus zwei Personen! Die Stelle des Lokalredakteurs ist ebenfalls noch unbesetzt. Auch für sie kann man nicht den ersten besten nehmen, der Mann muß das ganze Berliner Leben, das soziale, das geistige, das Kunstleben kennen; wir haben ihn bis heutigen Tags nicht gefunden. Anders sitzt schon seit Monaten in Plöhsensee und hat noch 9 Monate im Gefängnis zu sitzen. Da sehen Sie, was eine sozialdemokratische Redaktion ist — sie ist nicht mit einer ruhigen, durch nichts gestörten, bürokratisch organisierten Bourgeois-redaktion zu vergleichen. Schoenlant gegenüber habe ich noch zu bemerken, daß der „Vorwärts“ allerdings keine mitchende Kuh für die Partei sein soll, aber auch keine Versorgungsanstalt für Leute, welche die Partei auf solchen Posten nicht brauchen kann.

In Bezug auf das, was dem „Vorwärts“ frommt, hat es im Anfange wohl zwischen mir und dem Vorstand manchmal Differenzen und Reibungen gegeben, jetzt nicht mehr. Ich habe im vorigen Jahre gesagt: Von Klippenwesen bei Besetzung der Stellen keine Spur! Aber der „Vorwärts“ braucht nicht bloß geistige Kraft, literarische Geschicklichkeit, sondern auch Charakter. Schoenlant

K

vergleicht ihn mit bürgerlichen Blättern. Da hat er Unrecht, der „Vorwärts“ hat ganz andere Aufgaben; mich über sie des Weiteren auszusprechen, fehlt die Zeit — ich höre die Präsidententlingel schon hinter mir.

Nun noch ein paar Worte. Daß Lug dem „Vorwärts“ die Polemik vorwirft, zeigt, daß er gar nicht weiß, was das Hauptorgan einer streitenden Partei für sie in erster Linie zu thun hat. Wir sind eine Kampfpartei und der „Vorwärts“ muß ein Kampforgan sein. Daß wir die „Aktualität“ pflegen müssen, versteht sich von selbst, aber nicht im Sinne der „Kölnischen Zeitung“, oder des „Berliner Tageblatts“; daß wir ein Nachrichtenblatt sein müssen, davon kann unter keinen Umständen die Rede sein, und wäre der „Vorwärts“ dreimal so groß als er ist, so würden die Leser doch nicht andere Blätter und deren Lektüre entbehren können. Der Sozialdemokrat soll auch die gegnerischen Blätter lesen, denn man muß den Feind kennen, den man besiegen will. Ich fasse mich zusammen: nicht „höhere Gesichtspunkte“ brauchen wir, sondern mehr Kräfte! An Nachwuchs fehlt's nicht; er muß herangezogen und erzogen werden, die Kräfte, die uns fehlen, reifen heran — es steht heute schon besser als voriges Jahr, und wird im nächsten Jahr besser stehen als heute. (Beifall.)

Türk-Berlin: Ebenso wie die Saalabtreiberei erschwert das willkürliche Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel die Landagitation ganz außerordentlich. Namentlich die Rechtlosigkeit, in welche durch die letztere Maßnahme die Bevölkerung versetzt werde, müsse gebührend gekennzeichnet werden. Die Statistik der letzten Wahlen zeigt einen Rückgang der Stimmen, namentlich in den großen Handelsstädten, der geradezu auffordert, die Agitation bei den Angestellten und Gehilfen im Handelsgewerbe kräftig aufzunehmen. Der Verlust von Bremen und Lübeck ist auch auf das Konto der geringen Agitation auf diesem Gebiete zu setzen, während die Eroberung des 3. und 5. Berliner Wahlkreises wesentlich dieser Agitation zu verdanken sei. Mindestens ebenso dringlich als die Agitation auf dem Lande ist daher auch diejenige unter den Handlungsgehilfen zu betreiben.

Ein Schlußantrag Hülle wird abgelehnt.

Antrieb-Berlin empfiehlt kurz den Antrag auf Beseitigung der hundertjährigen Gefindeordnung. Das Schmerzenskind der Partei, die „Neue Welt“ habe Bérard nicht sehr glücklich verteidigt. Die Illustrationen seien zum Theil süßliches, charakterloses Zeug, unwürdig einer sozialistischen Zeitung. Der Vorschlag des Redners auf dem Berliner Parteitage, Originale zu beschaffen, sei von Belbel und Bérard wegen der Kosten bekämpft worden. Es stehe damit aber gar nicht so schlimm; aus dem Verkauf der Clippes lasse sich noch ein erheblicher Betrag heraus schlagen. Aber es gebe

K

auch zahlreiche Cliches, welche die „Neue Welt“ verwenden könnte. Gute Illustrationen seien auch für die Landagitation von der größten Bedeutung.

Joh n-Kassel: Der „Vorwärts“ kann nicht Lokalblatt und Zentralorgan zugleich sein. Deshalb ist die Gründung eines wirklichen Zentralorgans mit Freude zu begrüßen. Die Personalfrage scheint nicht so besonders gefährlich; man nehme die Redaktion des „Echo“ nach Berlin, wenn man den „Vorwärts“ verbessern will. (Weiterkeit.) Der „Vorwärts“ muß ein Hilfsmittel für die kleine Provinzpresse sein, er muß also auch die Aktualität wahren. In der Landagitation können wir von den Antisemiten lernen. (Widerspruch, Auf: Au!) Ja wohl, wir brauchen Bauernagitatoren, die den Bauern immerfort auf dem Halse und in den Ohren liegen, wie es die Antisemiten thun. Mit alten Nummern unserer Parteiblätter kommen wir den Bauern nicht bei.

Fülle-Würzburg verwarft sich gegen den Vorwurf Dertel's, daß in Bayern auch einige todtgeborne Kinder unter den Zeitungsneugründungen sich befinden. Dieser Vorwurf richte sich wohl gegen die „Unterfränkische Volksstimme“ und gegen die „Bamberger Volkszeitung“. Der Vorstand sei so zäh und hart gegenüber Geldbewilligungen für Parteipresszwecke, daß die Mahnung Meißner's ganz überflüssig gewesen sei. Bei kräftigerer finanzieller Unterstützung wäre der Wahlkreis Würzburg schon diesmal von der Partei erobert worden.

Susko-Hornberg macht den Vorschlag, den Ueberchuß des „Vorwärts“ auf die Verbesserung der „Neuen Welt“ zu verwenden. Bei der letzten Wahl sei die Agitation im badischen Schwarzwald durch Mangel an Geldmitteln sehr gehemmt worden. Neben haarer Unterstützung sei aber auch die Veranstaltung von Agitationstouren im badischen Schwarzwald durch die obersten Führer der Partei unentbehrlich. Auch literarisch müssen die Wahlvereine durch Zuwendung von Bibliotheken u. s. w. unterstützt werden. Der den Kolporteurs zufallende Prozentsatz für Broschüren müsse bedeutend ermäßigt werden. Bei der Landagitation müsse vor allem betont werden, daß die Sozialdemokratie als eine politische und soziale Partei sich um die Religion ihrer Anhänger nicht kümmert.

Kaßenstein-Gießen sagt, in der Landagitation müsse dezentralisirt und die Initiative in den einzelnen Provinzen selbst ergriffen werden, die Verbreitung der Bebel'schen Rede über den Zukunftsstaat durch ganz Deutschland war, des Schlusssitates wegen: Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spazern, nicht angebracht. Nein, wir überlassen den Himmel denen, die daran glauben; mancher Genosse konnte sich durch das Zitat in seinen berechtigten religiösen Empfindungen gekränkt fühlen. (Wider-

K

spruch.) Redner wünscht im „Vorwärts“ weniger Raisonnements und mehr tatsächliches Material.

Aron s-Berlin steht bezüglich des Antrags Teltow auf dem Standpunkte, daß derselbe nicht nur angenommen, sondern möglichst noch verschärft werden müsse. Auf dem vorigen Parteitag habe Fischer — Redner verliest die betreffenden Stellen aus dem vorjährigen Protokoll — sich ganz energisch für eine Reform der Redaktion des „Vorwärts“ ausgesprochen. Es scheint dem Redner, als ob die Frage von dem Parteivorstand nicht mit dem nöthigen Ernst behandelt werde. Liebknecht selbst habe nach dem „Vorwärts“-bericht auf dem Berliner Parteitag bestritten, daß die große Masse der Parteigenossen ein Interesse an dieser Ausbildung des „Vorwärts“ habe. Das sei eine ganz unrichtige Meinung. Schoenlant sei aus der Redaktion ausgeschieden, weil man seine Forderung der Anstellung eines zweiten Redakteurs abgelehnt habe.

Ein erneuter Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Schmidt-Berlin hält für nothwendig, wenigstens einen Theil der Ueberflüsse des „Vorwärts“ für allgemeine Parteizwecke zu verwenden. Was die Redaktion betreffe, so sei schon der Vorgänger Schoenlant's aus demselben Grunde, wie Schoenlant, nämlich wegen Ueberarbeitung, ausgetreten. Den Antrag auf Anstellung einer Hilfskraft habe der Vorstand schon damals aus Sparsamkeitsrücksichten abgelehnt. Wenn der Parteitag den Antrag Teltow annähme, würde der Parteivorstand wohl nicht Nein sagen. Sehr wünschenswerth wäre, wenn auf irgend eine Weise Schoenlant der Redaktion wiedergewonnen werden könnte.

Bedmann-Höchst: Die Flugblattfrage kann nur so gelöst werden, daß der Parteivorstand die Flugblätter unentgeltlich liefert, die Redaktion aber den einzelnen Landeskomitees überläßt. Der Antrag, in Anbetracht der schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse das Protokoll für 30 Pf. zu liefern, braucht wohl keine besondere Befürwortung.

Lieze-Breslau ersucht den Parteitag, den Breslauer Antrag wegen Schaffung eines Korrespondenz- und Telegraphen-Bureaus anzunehmen, denn nur auf diesem Wege könne die schlechte Berichterstattung in der Parteipresse einer besseren weichen. Außerdem empfiehlt Redner den Antrag König-Berlin, welcher die Herausgabe einer Wochenbeilage des „Vorwärts“ bezweckt.

Hierauf wird die Diskussion für heute abgebrochen.

Unter den inzwischen eingegangenen weiteren Sympathieerklärungen befindet sich auch ein Telegramm der sozialistischen Arbeiterpartei Italiens.

Schluß 7 Uhr.

K

## Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 24. Oktober.

### Vormittagsſitzung.

9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Für den zum Schriftführer gewählten Genossen Bruhns, der auf dem Parteitage nicht anwesend ist, wird Ströbel-Kiel gewählt.

Unter den eingegangenen Telegrammen befindet sich auch das folgende aus London:

Aufrichtigen Dank und herzlichsten Glückwunsch dem Parteitage!  
Engels.

Es wird in der Diskussion der Punkte 1—3 der Tagesordnung fortgefahren.

Fischer-Berlin: Im Laufe der gestrigen Verhandlungen sind von verschiedenen Seiten gegen den „Vorwärts“ allerlei Einwände erhoben worden, die es dem Parteivorstande zur Pflicht machen, auch seine Stellung dazu zu kennzeichnen. Wenn Schoenlant sagt, der Redaktionsstab müsse vergrößert werden, der „Vorwärts“ entspreche weder als aktuelles Blatt noch sonst seiner Aufgabe, wenn Arons und Luz ihm hierbei sekundirt haben, so hat doch schon gestern Arons die Stellung des Parteivorstandes in meinen vorjährigen Ausführungen rekapitulirt. Nach dieser Richtung brauchen wir also materiell in die Frage nicht mehr einzutreten. Namentlich der Vorwurf, daß die Kräfte der Redaktion durch die agitatorische und parlamentarische Thätigkeit absorbiert werden, wird vom Vorstand ganz besonders unterföhlt. Aber derselbe Schoenlant, der uns gestern theoretisch so schön ausführte, was in der Redaktion fehle, hat in der Praxis, als er selber in der Redaktion saß, das gerade Gegentheil davon gethan. Gerade mit ihm sind wir ja in dieser Beziehung in sehr heftige Auseinandersetzungen gekommen, indem wir glauben, von den Redakteuren allmählich verlangen zu müssen, daß sie ihre ganze Kraft dem „Vorwärts“ zur Verfügung stellen. Wir meinten, die Vertrauensposten beim „Vorwärts“, welche eine leitende Stellung in der Partei repräsentiren, machen so große Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Einzelnen, daß es ihm unmöglich sei, noch andere Ehrenämter innerhalb der Partei zu bekleiden. Wir haben deshalb schon lange die Frage ventilirt, ob man nicht im Parteinteresse den Redakteuren am Zentralorgan die Verpflichtung auferlegen solle, kein Mandat anzunehmen, welches sie die Hälfte des Jahres von der Redaktion fern hält. Genosse Lütgenau wird bestreiten, daß wir auch mit ihm über den Eintritt in die Redaktion verhandelten und dabei die Bedingung stellten, daß damit jede Bewerbung um eine Kandidatur ausgeschlossen sei. Genau dieselbe Anforderung haben wir an Schoenlant gestellt. Wir sind darüber

in Differenzen gerathen, und schließlich trat ein, was wir besorgten: Als Schoenlant sein Mandat ausüben mußte, erklärte er, wir brauchen noch einen Redakteur, weil er sonst im Parlament seine Pflichten nicht erfüllen könne. Und weil wir nicht augenblicklich darauf eingingen, schritt er sofort zur Kündigung. Bei diesem Rücktritt hat wohl auch seine persönliche Art, seine Neigung, immer ab und zu, von heute auf morgen den Sattel zu wechseln, mitgespielt. Wenn Arons meint, die Haltung des Parteivorstandes gerade in der Frage Schoenlant lasse auf eine gewisse Rücksichtslosigkeit schließen, so spricht er da von Dingen, deren engeren Zusammenhang er doch nicht kennt. Dem Vorstande diesen Vorwurf zu machen, ist unangebracht. Ueber Schoenlant's Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit in der Redaktion war im ganzen Vorstand keine Meinungsverschiedenheit. Aber es ist unrichtig, wenn man sagt, er habe sich dort krank und zu Tode gearbeitet und der Parteivorstand habe ihm dann aus elender Fügigkeit die verlangte Aushilfe versagt. In den 18 Monaten seiner Thätigkeit beim „Vorwärts“ ist er 6 Monate physisch außer Stande gewesen, zu arbeiten. Kein Mensch hat ihm daraus einen Vorwurf gemacht, im Gegentheil wurde alles gethan, um seine Kraft nach Möglichkeit zu schonen und der Partei zu erhalten. Wenn er aber damals zusammenbrach, so war das nicht die Folge seiner Anstrengungen beim „Vorwärts“, sondern die Folge früherer Ueberarbeitung, die zum Theil mit der Partei und mit eigentlicher Parteithätigkeit gar nichts zu thun hatte. (Sehr richtig!) Die Auffassung Schoenlant's, daß der Parteivorstand die Parteipresse als milchende Kuh betrachte, daß er immer von dem Gesichtspunkt ausgehe, der „Vorwärts“ und die Parteipresse müßten das finanzielle Rückgrat der Partei bilden, widerspricht vollständig den Thatsachen. Ich bitte zu erwägen, daß im vorigen Jahre den 66,000 Mk. Ausgaben für die Parteipresse 86,000 Mk. Ueberschuß beim „Vorwärts“ gegenüberstanden; heuer sind die entsprechenden Zahlen 55,000 und 40,000 Mk. Damit ist doch das gestellte Verlangen eigentlich erfüllt. Oder glaubt man etwa, die Sache so aufzufassen zu müssen, daß Alles, was der „Vorwärts“ verdient, der Redaktion wieder zufließen müsse, daß am „Vorwärts“ aus den Ueberschüssen ganz ausnahmsweise hoch bezahlte Stellungen für einzelne Redakteure geschaffen werden sollen? Dagegen muß der Parteivorstand Front machen. Die Parteipresse, heißt es, soll nicht dazu da sein, Ueberschüsse zu machen. Aber andererseits kommen immerfort neue Anträge an uns heran, auch jetzt wieder hier auf diesem Parteitag, Flugschriften, Broschüren, alles soll billiger oder unentgeltlich geliefert werden — wo soll denn das Geld dafür herkommen, da doch, wie die Quittungen ausweisen, nur wenige Parteioräte finanzielle Beiträge an die Hauptkasse leisten? Wie unbegründet

der Vorwurf der Feilzigkeit oder Antikerigkeit gegen den Vorstand ist, lehrt übrigens schon ein Blick in das Budget des „Vorwärts“. Die Abrechnung des „Vorwärts“ liegt ja im Geschäftsbericht vor. Die Redaktionskosten betragen 61,000 Mark. (Hört, hört!) Für die 5 ständigen Redakteure, die immer da waren und blos in den Personen wechselten, sind 22,500 Mark angelegt; außerdem für Mitarbeiter des politischen Theils 16,540 Mark, daneben, wieder ausschließlich für den politischen Theil, 3000 Mark für parlamentarische Berichte und Nebenbei noch 11,890 Mark für Berichterstatter am „Vorwärts“. Gegenüber solchem Budget kann man doch wirklich auch andererseits eine gewisse Höhe der Leistungen von der Redaktion erwarten. Das „Hamburger Echo“ ist gewiß eins der besten Parteiblätter, wenn auch nicht so ohne weiteres mit dem „Vorwärts“ vergleichbar. In seinem Redaktionsbudget erreicht es nicht einmal die Hälfte des Postens beim „Vorwärts“, daß also die journalistischen Kräfte beim „Vorwärts“ ungenügend bezahlt würden, ist schon durch diesen Hinweis widerlegt. (Schoenlank: Das habe ich nicht gesagt!) Die ganze Frage des Ausbaues der Besetzung der Redaktion war und ist für den Parteivorstand nie eine finanzielle, sondern stets eine Personenfrage gewesen. Gerade Schoenlank sollte doch wissen, daß niemals eine nur irgendwie begründete Mehrforderung für Redakteure und Mitarbeiter vom Vorstand abgelehnt worden ist. Wir sind aber allerdings der Anschauung, daß der Nachwuchs an geistigen Kräften nicht gleichen Schritt mit der ganzen Entwicklung der Partei gehalten hat. Entweder war der Mann, der in der Redaktion des „Vorwärts“ am Platze gewesen wäre, schon anderswo in der Parteipresse in fester Stellung engagiert, dann durften wir ihn da nicht fortnehmen, denn wir würden es geradezu als ein Unglück erachten, wenn wir alle guten Kräfte aus der Provinzpresse nach Berlin zügen und dadurch die Provinzpresse der geistigen Verwahrlosung aussetzen. Oder wir standen Bewerbern gegenüber, welche auch den einfachsten Anforderungen nicht entsprachen, die man an einen „Vorwärts“-Redakteur stellen muß. Wenn Genosse Avons uns gestern erklärte, er könne dem Parteivorstande geeignete Kräfte empfehlen, so will ich nur hoffen, daß seine künftigen Vorschläge besser sind als seine uns jüngst gemachten. Denn da handelte es sich um Kandidaten, welche noch vor einem halben Jahre in den Reihen der Gegner standen und noch kein Redaktionsbureau gesehen hatten, um Leute, die wohl für einen Professorenposten, aber nimmermehr für die Redaktion des Zentralorgans gepaßt hätten. Ueberhaupt steht die Selbstschätzung so vieler Schriftsteller unserer „jungen Generation“ in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem Wirkgefühl. Wir brauchen erprobte Charaktere, nicht aber Leute, deren Vergangenheit man gar nicht kennt, Leute, die gestern im Dienste

der Gegner standen und morgen wieder zu ihnen gehen. Diese Ueberläufer kommen nur zu uns, weil sie bei den Gegnern nicht unterkommen und bleiben bei uns nur, solange sie ihre Rechnung finden. Sie verrathen uns in der ersten Stunde der Gefahr. Wir haben ja gerade in der letzten Zeit mit dem verbummelten Studententhum, mit dem verlotterten Journalistenthum unsere üblen Erfahrungen gemacht. (Zustimmung.) (Redner muß abbrechen, da die Redezeit bereits überschritten ist.)

Bilz-Pankow führt Klage darüber, das vielfach die „Vorwärts“-Redaktion Mittheilungen aus Parteikreisen ohne Begründung oder gar mit unfreundlichen Worten abgelehnt habe. Die Landagitation sei in Niederbarnim, dicht bei Berlin, durch Saalabtreiberei und ähnliche Machinationen schwer gehemmt worden. Um dem entgegenzuwirken, hätte man Ausflüge veranstaltet, auf deren Programm auch Festreden standen. Diese Art der Agitation habe ihre Vortheile gehabt, aber auch da wären Polizeischikanen aller Art nicht ausgeblieben; ein Gesangsverein, der sich an solchem Ausflug betheiligt, sei aufgelöst worden. Von den Niederbarnimer Anträgen empfiehlt Redner besonders den bezüglich der Jugendliteratur.

Stolten-Hamburg: Eine ganze Reihe wichtiger Anträge ist in der Debatte noch nicht berührt, die besprochen werden müssen, damit wir kurz gesagt bei der Abstimmung keine Dummheiten machen. Redner wendet sich gegen einen Antrag aus Altona, eine besondere Rubrik für Solbatenschändereien in der Presse einzurichten und allen arbeitslosen Abonnenten die Parteizeitungen gratis zu liefern. Beides sei unannehmbar. Ebenso der Antrag Hoffmann in Berlin, überall der Presse Ueberwachungskommissionen, bestehend aus den Vorständen der politischen Wahlvereine und der Gewerkschaften zu setzen; das sei in Preußen vereinsgefehrlich unmöglich. Ein weiterer Antrag verlange die Beseitigung der Kriminal- und Liebesromane aus dem Feuilleton der Zeitungen. Gutes Material sei theuer, da werde zu dem gegriffen, was billig sei. Lieber einen guten tendenzlosen Roman, als einen schlechten Tendenzroman. Die „Neue Welt“ habe gerade daran gekrankt, daß sie namentlich im Anfang viel zu „gründentlich“ war; gerade nach dieser Richtung müsse reformirt und auf das Lesepublikum, das sich einen besonderen Geschmack nicht aufdrängen lasse, mehr Rücksicht genommen werden. Dem Zentralwochenblatt bringt Redner volle Sympathie entgegen, man müsse aber über die Konstruktion des Blattes sehr gründliche Ermüagungen anstellen. Die Lobeserhebungen, die dem „Echo“ zu Theil geworden sind, bittet Redner zu unterlassen. Er habe den Eindruck gewonnen, als wenn es sich dabei mehr um negative Bosheiten gegen den „Vorwärts“ handelte. (Heiterkeit.) Hier haben Sie uns gelobt, in Hamburg ist man nicht so mit uns zufrieden. Wären wir Zentralorgan, ständen wir unter der Kontrolle von

ganz Deutschland, so würde es auch an Klagen über uns nicht fehlen.

Prinz-Friedberg verlangt eine rege Agitation durch ganz Deutschland. Die Redner brauchten nicht Redner erster Qualität zu sein, die Hauptsache sei Abwechslung und größeres Leben in der Agitation. Die „Frankfurter Volksstimme“ sei gerade durch die Zubereitung aus der Parteifasse gehalten und gefestigt worden, der Standpunkt Meister's könne also nicht gebilligt werden. Für die Wahlagitatioon um Frankfurt habe der Parteivorstand zu wenig gethan.

Stubenreich-Oggersheim bringt eine Beschwerde zu Sprache, welche Erhart-Ludwigschafen gegen den Parteivorstand zu erheben habe. Letzterer habe einem Antrag, die zur Massenverbreitung bestimmten Flugblätter theilweise auch in Mannheim drucken zu lassen, um die großen Ausgaben für Porto zu sparen, nicht stattgegeben. Das Wochenblatt erklärt Redner für eine absolute Nothwendigkeit; eine übersichtliche Zusammenstellung der Parteivorgänge werde bisher in weiten Kreisen der deutschen Genossen schmerzlich vermisst. Der Antrag, die Abgeordneten zur Agitation auf das Land hinauszuschicken, sei verfehlt, weil undurchführbar.

Zu dem Antrag 29 ist inzwischen ein Unterantrag Stadthagen eingegangen, die Worte: „insbesondere durch Verstärkung des Redaktionspersonals“ zu streichen.

Lehner-London: Die Londoner Genossen wünschen ein wöchentliches Zentralorgan. Der „Vorwärts“ sei für die ausländischen Arbeiter, die auch noch die betr. Landesblätter halten müßten, zu theuer und biete auch zuviel Lektüre für das Ausland. Das wöchentliche Zentralorgan müsse im Sinne des „Sozialdemokrat“ gehalten sein. Es sei aber auch für Deutschland eine Nothwendigkeit. Die Lokalblätter würden nicht darunter leiden. Die Landagitatioon hätte schon viel früher energisch in die Hand genommen werden müssen. Wenn wir schon 1848 und 1850 hier von Köln aus auf die Dörfer gehen und sehr erfolgreiche Propaganda für unsere Ideen treiben konnten, so muß das heute, bei der Masse von Agitatoren, der zahlreichen Presse, den unzähligen Vereinen viel leichter sein. Auch in England hätte man jetzt damit begonnen. Vom Mai bis September schide die „Landliga“ „rothe Wagen“ ins Land. Die Redner führten darin die nöthige Literatur mit, wohneten und schliefen in den Wagen. Ueberall hielten sie Meetings ab. Vielleicht ließe es sich in Deutschland ähnlich machen. (Bravo).

Frau Eichhorn-Dresden spricht für eine Wochenausgabe des „Vorwärts“ unter Weglassung des lokalen Theils. Die „Neue Welt“ sei allerdings mit Recht getadelt worden; man müsse das Fassungsvermögen der Frauenwelt beachten und sie nicht durch zu schwere wissenschaftliche Kost verwirren. Die Broschüren-Literatur

K

namentlich aus dem Verlage des „Vorwärts“ sei zu theuer. In der Frage der Landagitatioon theilt Rednerin den Standpunkt Auer's. Von einem Zentralpunkt aus lasse sich die Agitation nicht mehr betreiben, sie müsse jetzt den einzelnen Kreisen überlassen werden. Von der Saalabtreiberei wisse man in Sachsen auch ein Liedchen zu singen. Einzelne Wirthe gingen sogar soweit, in ihren Lokalen Plakate anzubringen: „Notorischen Sozialdemokraten ist der Zutritt nicht gestattet.“ Zu weiteren empfiehlt Rednerin besonders den Antrag 43, der die Fraktion veranlassen will, regelmäßig Flugblätter herauszugeben, die die Steuerlast und ihre hauptsächlichsten Träger zum Gegenstande habe.

Zum Antrag 115 wird das Amendement Doppler gestellt, an Stelle des zweiten Satzes folgendes zu setzen:

Dieses Flugblatt muß für die französisch sprechenden Länderreiche Elsaß-Lothringens ein französisches sein.

Ferner soll dem Antrag der Zusatz gegeben werden:

Die Ausarbeitung soll dem Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens überlassen bleiben.

Harm-Eberfeld: Die gestern und heute gehörten Klagen wegen der Agitation sind alt; sie werden auch auf den nächsten Parteitag wieder erkönen. Den Vorstand aber sollten wir für die sichtbar gewordenen Mängel nicht verantwortlich machen. Die Agitationskomitees haben sich der Sache anzunehmen und vor allem die Fehler zu vermeiden, welche in der Agitation u. a. im Punkte der Religion mehrfach begangen wurden. Daß die „Neue Welt“ besser werden soll, ist gestern versprochen worden, wir können uns aber mit solchen Versprechungen nicht abspesen lassen. In ihrer jetzigen Gestalt fordert sie einfach den Spott der Gegner heraus. Der „Vorwärts“ enthält für die Masse der Nicht-Berliner Parteigenossen viel zu viel Ballast; schon deswegen muß ein Wochenblatt herausgegeben werden.

Lehmann-Dortmund: Ich muß, wenn auch nicht gern, den Parteivorstand in Schutz nehmen (Heiterkeit), weil er die Rüge bezüglich der Hergabe von Geld für die Presse u. s. w., nicht verdient hat. Ein „Landgraf, werde hart!“ braucht man dem Parteivorstand wahrhaftig nicht zuzurufen. Von den Anträgen ist der Antrag 31, welcher die Veröffentlichung von Quartalsberichten über den Stand, namentlich den Abonnentenstand der Parteiblätter will, schon aus parteistatistischen Rücksichten durchaus abzulehnen. Empfehlenswerth ist dagegen, ein Korrespondenz- und Telegraphenbureau von Partei wegen zu errichten. Der Antrag Köln wegen der Veröffentlichung der Listen ist gleichzeitig überflüssig und schädlich. Die Gefahr, daß solche Adressen zu Privat Zwecken ausgebeutet würden, liegt gar zu nahe. Die Anträge 69 und 70, die Taktik betreffend, sollten besser für sich allein erörtert werden.

K

Der Parteitag einigt sich, dieser Anregung entsprechend, dahin, die Anträge 69 und 70 bei dem Punkt 9 der Tagesordnung (Wahlrecht) zu verhandeln.

Schaal-München-Clabbach: Der Antrag Köln unter 48 trifft in seiner Wirkung gerade unseren Kreis; er will uns ein Vormundschaftsgericht setzen. Ein Komitee aus 3 Personen kann nicht in die Verhältnisse eines einzelnen Kreises genügen Einblick haben. Im Rheinland hat eine gewisse Manie Platz gegriffen, Landagitation zu treiben, obwohl in den Städten noch sehr, sehr viel zu thun ist. Haben wir die Städte, dann geht es mit dem Lande leichter. Auf dem Lande stand bei der letzten Wahl die himmlische Gensdarmmerie mit Weißwasser und die irdische mit der Feuerspritze bereit, um uns schon vor dem Dorfe zu empfangen. Mit Hunden hat man uns hinausgehetzt.

Ein Schlußantrag wird wiederum abgelehnt.

Schumann-Bielefeld giebt den von den Zieglern erhobenen Klagen Ausdruck, daß sie im letzten Jahre bei der Flugblattverteilung fast gar nicht berücksichtigt worden sind.

Heilmann-Offenbach: Meine Mandatgeber fürchten von einem Zentral-Wochenblatt die stärkste Schädigung der gesammten Lokalpresse und nehmen ganz entschieden Stellung dagegen. Die Genossen im Auslande können ganz bestimmt, wenn sie wollen, den „Vorwärts“ halten.

Frau Schneider-Köln: Die „Neue Welt“ ist nicht das für die Frauen der Arbeiterklasse geeignete Blatt. Romane, wie in „In dunklen Tiefen“, können auf unsere Frauen nicht wirken, wie es uns allen erwünscht sein muß. Die Frau aber muß für unsere Sache gewonnen werden. Die gegnerischen Parteien verstehen das viel besser. Die Illustrationen in unseren Blättern sind zum Theil gänzlich unbrauchbar und sogar verwerflich.

Schmidt-Cresfeld empfiehlt die Gründung eines Wochenblatts und außerdem den Antrag Düsseldorf in Betreff der regelmäßigen Flugblätter. Wenn schon 1848 die Landagitation im Rheinland mit Erfolg geführt werden konnte, so überfiehet der Genosse Lesner aus London doch, daß inzwischen der Kulturkampf geführt worden ist, der uns eine sehr scharfe Waffe für lange Zeit aus der Hand gewunden hat. Die Frage der Religion müsse allerdings mit äußerster Vorsicht behandelt werden, da sie beim katholischen Arbeiter fast durchweg sein geistiges Leben darstelle. Der Kölner Antrag bezüglich der Kopfblätter sei insoweit zu unterstützen, daß ein Provinzialparteitag die oberste Entscheidung zu treffen habe.

Chele-Warmen beschließt sich ebenfalls mit dem eben erwähnten Kölner Antrag, dessen Annahme er dringend empfiehlt. Es gehe nicht an, daß der Parteivorstand Blätter, deren Gründung von allem Anfang an verfehlt war, nachher mit großen Summen

auf die Weine helfen soll; in dem vom Antrage vorgesehenen Fällen müsse vielmehr der Zuschuß verweigert werden.

Spirkel-Essen: Für die Bergleute müsse baldmöglichst ein besonderes Flugblatt erscheinen, welches ja durch den glücklich in den Reichstag gelangten Bergmann Möller verfaßt werden könnte. Mit einem Zentralorgan als Wochenblatt ist Redner einverstanden.

Kuffche-Hannover spricht gegen dasselbe. Man klage über mangelnde Mittel und wolle doch ein neues Organ gründen; der eine wolle es als Sprachrohr des Vorstandes, der andere für die Elite der Genossen, der dritte für das Bedürfnis nach aktueller Information. Wo solle da ein zweckmäßiger Beschluß herkommen?

Hofrichter-Köln: Der Schwerpunkt für die Landagitation muß hinfort hauptsächlich in die Provinzialorganisationen fallen. Die Landagitatoren können nur aus der Landbevölkerung selbst herauswachsen. Für das Bedürfnis eines Tageblattes der Partei in Köln hat am Sonntag Abend Bebel in der Eröffnungszede die wirksamste Empfehlung ausgesprochen. Mit einem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte wird der Zentrumssturm nicht zu Fall gebracht werden.

Galz-Offenbach ist erfreut über die Erklärung des Parteivorstandes, daß die Redaktionen der Parteipresse nicht den Unterschlupf für das verbummelte Studententhum abgeben sollen. Für die Landagitation könne der Vorkand höchstens durch Abfassung von Flugblättern über brennende Fragen, so über die Tabakfabriksteuer, etwas thun; das übrige müsse den Landeskomitees überlassen bleiben.

Es lausen zwei Schlußanträge ein. Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Erbbeer-Rostock bittet, im Protokoll zu vermerken, daß ihm durch den Schluß der Debatte die Möglichkeit entzogen ist, sich zu den Punkten 1—3 der Tagesordnung zu äußern.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schoenlank: Ich habe nicht für mich, sondern für die Parteiinteressen gesprochen. Mir scheint es gleich, ob sich Jemand im Dienst eines privaten Verlegers, der ein Parteiblatt herausgiebt, oder bei einem direkt der Partei gehörenden Blatte sich überarbeitet hat.

Bebel: Da der Schluß der Debatte auch mich moralisch quillotiniert hat, so muß ich mich auf eine persönliche Bemerkung gegen Roenen beschränken. Er hat mich zu einer öffentlichen Erklärung aufgefordert darüber, ob eine Aeußerung, die ihm privatim mitgetheilt worden ist, auf Wahrheit beruht. Ich würde auf diese Frage in der Debatte nicht geantwortet haben, weil es mir nicht einfiel, eine private Aeußerung, die Roenen falsch zugetragen worden ist, die vielleicht niedrige Klatscherei ist, zum Gegenstande einer öffentlichen Debatte zu machen. Ich verwahre mich über-



haupt dagegen, daß ich für brieflich oder privatim gehane Aeußerungen hier öffentlich Rede stehen soll. Auch das zum Solinger Streit hier vertheilte Flugblatt nimmt auf briefliche Aeußerungen von mir Bezug, auf die ich mich nicht besinnen kann, ich soll sie vor 9 Jahren gemacht haben. (Heiterkeit.) Ich erkenne eine solche Verpflichtung nicht an. Wer sich privatim von mir beleidigt oder verlezt fühlt, wende sich privatim an mich.

Damit ist die Diskussion beendet. Es wird beschloffen, der vorgerückten Zeit wegen die Schlüßworte der Referenten erst in der Nachmittagsitzung entgegenzunehmen und zunächst den

### Bericht der Mandatsprüfungskommission

zu hören.

Berichterstatter Mezger=Berlin: Es sind 180 Delegirte anwesend, welche etwa 270 Mandate vertreten. 180 Mandate sind von der Kommission für gültig, 2 für ungültig erklärt worden und zwar je 1 für Arnswalde=Friebenberg und für München. Das Friebenberger Mandat ist auf den Genossen Paul Bogasch ausgestellt, aber nur durch direkte Unterschriften, da eine Versammlung und Delegirtenwahl in Ermangelung eines Saales nicht stattfinden konnte. Der Kommission ist aber von dem Reichstagskandidaten des Kreises mitgetheilt worden, daß dort recht wohl ein Saal oder doch eine Scheune zu haben gewesen wäre, und daß ein Theil der Unterschriften des Mandats von Genossen gegeben sei, die in dem Kreise wohnen, aber in Berlin arbeiten, oder von solchen, die früher im Kreise wohnten, jetzt aber in Berlin. Die auf diese Weise durch Landsmannschaften in Berlin zu Stande gekommenen Mandate hat schon der Berliner Parteitag für ungültig erklärt. Das zweite Mandat ist für Babette Urban von einzelnen Frauen und Mädchen in München ausgestellt, was nach der neuen Organisation, die nur Delegirte von Wahlkreisen kennt, unzulässig ist. Die gegen die Wahlen von Berthold=Darmstadt und Fritz=Siegburg (Siegen) erhobenen Proteste sind unerheblich. Das Mandat von Antrick=Berlin wird damit angefochten, daß Antrick durch falsche Vorpiegelungen die Wahl herbeigeführt haben soll. Antrick soll, nachdem in jenem Wahlkreise beschloffen war, nur gewerkschaftlich und politisch organisirte Genossen zu delegiren, daraufhin befragt, geantwortet haben, daß er ebenfalls einer Gewerkschaft angehöre. Dies wird im Protokoll bestritten; andererseits liegt aber ein Brief vor, wonach der schon vor längerer Zeit erklärte Beitritt Antrick's zur Freien Vereinigung der Kaufleute durch Vergeßlichkeit des mit seiner Anmeldung Beauftragten erst später zur Kenntniß der Vereinigung gelangt sei, während von der anderen Seite dieser Brief wieder als auf Unwahrheit beruhend hingestellt wird. Maßgebend für die Kommission war, daß im Organisationsstatut

über die Nothwendigkeit der Zugehörigkeit zu Gewerkschaften nichts gesagt ist. Es lag daher für die Kommission kein Grund vor, das Mandat zu beanstanden; die näheren angeführten Umstände klar zu stellen ist nicht Sache der Kommission, sondern Angelegenheit des Kreises. Bleibt noch die Solinger Angelegenheit, die schon im vorigen Jahre und jetzt wiederum den Parteitag in Anspruch nimmt. Von Solingen liegen 6 Mandate vor, alle gültig ausgestellt. Nach der Organisation soll ein Wahlkreis nicht mehr als 3 Mandate vergeben, diese Bestimmung ist hier verlezt, und welche 3 von den 6 als die zu Recht Gewählten zu betrachten seien, entzog sich bis zu einem gewissen Grade unserm Urtheil. Außerdem ist Inhalt eines auch hier im Saale vertheilten Flugblattes im Kreise Solingen der Ausschluß von 9 Personen aus der Partei beschloffen worden, und zu diesen Ausgeschloffenen gehören auch 3 der hier erschienenen Solinger Delegirten. Dieser Ausschluß besteht noch nicht voll und ganz zu Recht, da man bis jetzt nicht weiß, ob die Ausgeschloffenen den Infanzweg gegen den Ausschluß beschritten haben. Weil die Lage aber ganz zweifelhaft ist, blieb der Kommission nichts übrig, als dem Parteitage die Entscheidung zu überlassen; sie hat die Solinger Mandate zunächst nur beanstandet. Auch das Mandat für Wilde=Neuß haben wir beanstanden müssen, weil er zu jenen Ausgeschloffenen auch gehört.

Auf Vorschlag des Vorstehenden Singer werden zunächst die für gültig zu erklärenden Mandate zur Debatte gestellt.

Stadt=hagen bittet, das Mandat für Dr. Heymann=Berlin IV für ungültig zu erklären. Im Wahlkreise sei beschloffen worden nur gewerkschaftlich und politisch organisirte Genossen zu wählen. Heymann sei in der Voraussetzung gewählt worden, daß er politisch organisiert sei. Er habe sich aber erst nachträglich in den Wahlverein aufnehmen lassen. Heymann hätte in jener Versammlung nicht verschweigen dürfen, daß er noch nicht politisch organisiert sei. Es liege darin ein Mangel an Offenheit.

Heymann: Die Frage, ob ich politisch organisiert bin, ist an mich gar nicht gestellt worden. Auf die Frage, ob ich gewerkschaftlich organisiert bin, habe ich auf meine Stellung als Arzt hingewiesen.

Stadt=hagen: Heymann hat meine Ausführungen lediglich bestätigt. Ich beantrage, den Fall an die Kommission zu verweisen.

Bebel: Im § 1 des Organisationsstatuts ist nirgends die Zugehörigkeit zu einem Fachverein vorgeschrieben. Eine solche Vorschrift würde auch vereinsgesetlich unzulässig sein. Sehr fraglich ist im Gegentheil, ob die Genossen ein Recht haben, solche Bedingungen zu stellen, die das Statut nicht vorseht. Man könnte gerade dazu gelangen, alle Mandate, wo dies geschehen ist, für ungültig zu erklären. Will man die Bedingungen ändern, dann muß man das Statut ändern.

K

K

Zubeil als Vertrauensmann von Berlin IV bittet, das Mandat sofort anzuerkennen. Es sei ja ein Fehler gemacht worden, aber nicht von Heymann. Ein Protest aus dem Wahlkreise selbst liege auch nicht vor.

Stadthagen: Was Bebel ausführt, trifft nicht zu. Es handelt sich nicht um die Frage der Parteigenossenschaft, sondern darum, ob die Wahl gültig erfolgt ist. Der Wille der Versammlung würde einen andern Ausdruck gefunden haben, wenn sie gewußt hätte, daß Heymann nicht politisch organisiert ist. Daß Heymann diese Thatsache verschwiege, darin liegt eben eine gewisse Unaufrichtigkeit. (Schlußrufe.)

Das Mandat Heymann's wird mit großer Mehrheit für gültig erklärt, desgleichen die übrigen Mandate, die die Kommission nicht beanstandet hat.

Ueber die Frage der Gültigkeit des Berliner Mandats von Antrid erhebt sich gleichfalls eine Debatte.

Silbererschmidt tritt für die Gültigkeit ein und weist den Vorwurf, daß Antrid es durch Vorspiegelung falscher Thatsachen erschlichen habe, zurück. Genosse Kaaz aus Berlin II bezeuge ausdrücklich, daß er von Antrid schon im Juli beauftragt worden sei, ihn bei der Freien Vereinigung der Kaufleute anzumelden, auch den Beitrag von 3 Mk. erhalten, aber die Anmeldung vergessen habe. Er habe diese nachträglich bewirkt und für seine Vergeßlichkeit beim Vorstände um Entschuldigung gebeten.

Türk führt dagegen aus, daß zur Zeit der Wahl Antrid in den Büchern der Freien Vereinigung der Kaufleute nicht verzeichnet gewesen sei. Erst einige Tage später sei Kaaz gekommen und habe die Anmeldung unter Zahlung von 3 Mk. Beitrag für die Zeit seit Juli bewirkt.

Auch dieses Mandat erklärt der Parteitag für gültig.

Für die Gültigkeit seines Mandats für Friedeberg-Annswalde tritt dann Bogasch persönlich ein. Die dortigen Genossen hätten vergeblich nach einem Lokal gesucht. Auch eine Volksversammlung unter freiem Himmel sei nicht genehmigt worden. Nunmehr hätten die Friedeberger Genossen, welche in großer Zahl in Berlin arbeiten, eine öffentliche Volksversammlung in Berlin einberufen. Das Mandat sei dann aber auch noch behufs Unterschriftenanmeldung in den Wahlkreis gelangt worden.

Die Verhandlung wird um 1 Uhr 10 Minuten vertagt.

#### Nachmittags-sitzung.

8 1/4 Uhr. Vorsitzender Singer theilt mit, daß das Mandat der Genossin Urban irrtümlich für den Parteitag ausgestellt worden ist; sie sollte zu der gelegentlich des Parteitages in Köln

angesehenen Frauen-Konferenz delegirt werden. Das Mandat für den Parteitag zieht Frau Urban hiernach zurück, wird aber vom Vorsitzenden unter allseitiger Zustimmung des Parteitages gebeten, den Verhandlungen als Gast beizumohnen.

Die Verhandlung der Anträge der Mandatsprüfungskommission wird fortgesetzt.

Fischer-Berlin tritt für die Gültigkeitserklärung des Mandates Bogasch ein; Willarg widerspricht den Ausführungen Bogasch's. Das Mandat wird dann mit großer Mehrheit für gültig erklärt.

Zu dem Antrag der Kommission in Betreff der 6 Solinger Mandate und des Mandats von Wilde für Neuß-Grevenbroich beantragt Lehmann, eine Kommission bestehend aus 7 Delegirten und 2 Vorstandsmitgliedern niederzusehen.

Hülle-Erfurt beantragt, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. Das Organisationsstatut lasse das zu, da nur in der Regel nicht mehr als 3 Vertreter eines Kreises gewählt werden sollen. Ausnahmen seien also statthaft, und hier müsse eine solche gemacht werden.

Schallbruch-Solingen ist gegen diesen Vorschlag, der den Streit im Solinger Kreise verewigen würde, während die Beilegung gleichmäßig im Interesse der Partei und der Solinger liege. In diesem Sinne erklärt sich Redner für eine Kommission.

Bebel: Hülle hat vollkommen Recht mit der Auslegung des Statuts, aber die bisherige Auffassung geht allgemein dahin, daß höchstens 3 Delegirte gewählt werden sollen, und ich meine, wir sollten auch hier keine Ausnahme machen. Ich schlage vor, die Kommission aus 6 Delegirten und 1 Vorstandsmitglied zusammenzusetzen. Im Uebrigen aber möchte ich mich hier einmal überhaupt gegen beide Parteien wenden. (Lebhafte Zustimmung.) Schon im vorigen Jahre hat der Solinger Streit dem Parteitag kostbare Zeit weggenommen. Die Kommission hat damals einen Schiedsspruch vorgelegt, der Parteitag hat ihn angenommen, und was ist die Folge? Heute ist der Skandal größer als je! Ich will nicht untersuchen, wer angefangen hat; auf beiden Seiten liegt ein großer Theil der Schuld, hüben wie drüben! Ich halte für nöthig, daß die Herren jetzt vom Parteitag zur Ruhe verwiesen werden; die Kommission mag erwägen, ob nicht ein Mißbilligungsvotum für beide Theile vorgeschlagen werden soll. Was noch nie da war, haben wir in Solingen erlebt: Zwei Kandidaten der Partei zur Reichstagswahl! Das ist ein geradezu unerhörter Zustand! (Lebhafte Zustimmung.)

Lehmann-Dortmund spricht sich für den Vorschlag Bebel's aus, Gewehr-Elberfeld für den Antrag Hülle.

Kaizenstein ist für eine Kommission, will aber deren Votum ohne Debatte angenommen wissen, damit der Parteitag keine Sekunde Zeit mehr mit den Solingern verliere.

K

K

Kunze-Solingen spricht gegen Einsetzung einer Kommission, Guth dafür; die Kommission soll namentlich auch dafür eintreten, daß endlich im Kreise eine Parteio rganisation geschaffen werde.

Schumacher ist mit dem Kommissionsantrag einverstanden. Bebel will beiden Theilen gehörig die Wahrheit sagen. Das ist schon im vorigen Jahre ausgiebigst geschehen. Aber die Sache hat auch ihre sehr ernste Seite. Wenn die Behauptungen wahr sind, die diese Leute gegen mich aufstellen, so bin ich unter keinen Umständen mehr würdig, Parteigenosse zu sein. Sie bezichtigen mich des Diebstahls, sie behaupten, ich hätte von den Hamburger Ahdern bei der Abstimmung für die Dampfersubvention Geld bekommen, sie bezichtigen mich ferner, daß ich in Berlin eine zweite Frau habe (Heiterkeit.) Sie lachen darüber, meine Frau, meine Kinder lachen nicht über solche Behauptungen. Die Dinge sind sehr persönlich, aber es waltet auch eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit ob.

Hierauf wird ein Schlufsantrag angenommen und die Beantwortung der 6 Solinger Mandate ausgesprochen. Die Betreffenden bleiben bis zur Entscheidung durch die Kommission stimmberechtigt.

Der Antrag auf Niederlegung einer Kommission wird ebenfalls angenommen; dieselbe soll nach dem Vorschlage Bebel's aus 6 Delegirten und einem Vorstandsmitgliede bestehen.

Der Antrag Kagenstein wird vom Vorsitzenden als unzulässig bezeichnet und vom Antragsteller zurückgezogen. Der Kommission wird auch die Beschwerde aus Reiffe zur Begutachtung überwiesen.

Nunmehr kehrt der Parteitag zurück zur Fortsetzung der Verhandlung über die Punkte 1—3 der Tagesordnung.

Das Schlufwort nimmt

Berichterstatter Auer: Ich will zunächst auf einzelne Beschwerden kurz die nothwendige Antwort geben. Genosse Eberle hat geklagt über die Verweigerung einer Summe von 4000 Mark für die streikenden Riemendreher. Es stimmt, wir haben das Geld nicht gegeben, das Parteigeld ist nicht zu Streikzwecken gesammelt, wir können es à conto von Streiks nicht geben, sonst würde die Parteikasse überhaupt nicht mehr in Ordnung gehalten werden können. Willarg hat hervorgehoben, daß der Einfluß der Preßkommission in Berlin ein zu eng begrenzter sei. Demgegenüber hebe ich hervor, daß in fast allen Fragen die Wünsche der Preßkommission von dem Vorstände berücksichtigt worden sind und daß die Preßkommission zu ihrem vollen Rechte gelangt ist. Ob in Berlin der Wunsch vorhanden ist, daß das Blatt aus dem Verbande mit der Parteileitung herausgelöst und wieder zum reinen Lokalblatt gemacht werden soll, weiß ich nicht. Bisher sind die gemeinsamen Sitzungen mit der Preßkommission die angenehmsten gewesen, welche ich mitgemacht habe. Genosse Huber-Ludwigshafen hat gerügt, daß man nicht in

Mannheim Flugblätter habe drucken lassen. Der betreffende Antrag ist schon an den Vorstand gelangt; ich kann Sie nur bitten, alle solche Anträge abzulehnen. Es wäre ein ganz unbilliges Vorgehen, eine oder die andere Druckerei in der Partei zu bevorzugen und anderen nichts zu geben. Wollen wir aber allen Druckaufträge geben, dann bekommen wir ein unentwirrbares Durcheinander. Vor Allem würden wir verzichten müssen auf das einheitliche Format, welches von den Parteitagungen früher beschlossen worden ist. Ebenso würden wir mit der Versendung in eine große Verwirrung gerathen. Ferner handelt es sich hierbei um eine wesentlich finanzielle Frage. Selbstverständlich wird bei Massenauflagen, wie z. B. von Bebel's Rede, die in 1 700 000 Exemplaren gedruckt wurde, der Preis so billig gestellt, daß damit gar keine kleine Druckerei konkurriren kann. Dem gegenüber kommen die paar Mark Porto garnicht in Betracht. Gewehr tadelt, daß die Eintheilung der Agitationsbezirke durch den Parteivorstand zu spät erfolgt ist. Wir hatten doch aber auf den Zeitpunkt der Reichstagsauflösung keinen Einfluß; ob dieselbe überhaupt erfolge, stand bei der Zusammensetzung des Reichstags und seiner einzelnen Parteien bis zuletzt in Frage. Die Durchführung der Wahlbewegung hat bewiesen, daß die Sache ganz famos geklappt hat überall da, wo geeignete Kräfte vorhanden waren. Schmalkeld und Andere haben verlangt, daß seitens des Vorstandes die Frage der Tabakfabriksteuer aufgegriffen und zu großen Agitationen aufgefordert werden sollte. Demgegenüber erinnere ich daran, daß früher diese mechanische Art movirt wurde. Es mache, so hieß es damals, einen sehr schlechten Eindruck, wenn die Agitation von oben angeordnet und die Genossen wie Soldaten von oben her kommandirt werden; solche Schritte zu unternehmen müsse man dem Impulse der Genossen selbst überlassen. Diese Gründe haben damals durchgeschlagen, und wir haben jetzt die Probe auf das Exempel; die Genossen sind übrigens in der eifrigsten Arbeit auf diesem Gebiete begriffen. Weiff behauert, daß das Flugblatt gegen die Militärvorlage so spät kam. Ich wiederhole, es ist sehr leicht zu beschließen, nachher aber haperts mit der Ausführung. Wir hätten es auch gern früher gebracht, aber es ist eben nicht gegangen. Stein-Hanau will statistische Aufstellungen über Saalabtreibereien und ähnliche Poljeichitanen. Wir haben garnichts dagegen, daß jeder einzelne Fall von der Lokalpresse in die Oeffentlichkeit gebracht wird, aber viel Sinn hat es doch wohl kaum, daß wir von Partei wegen durch Aufruf diese Arbeit machen und dann gezwungen sein sollen, Mittheilungen zu veröffentlichen, deren Richtigkeit wir garnicht prüfen können. Die Frage der Saalabtreiberei wollen wir aber im Reichstage zur Sprache bringen. Sammeln Sie das Material, hüten Sie sich aber vor allem davor, etwas zu behaupten, wofür nachher der Beweis nicht erbracht werden kann. Den Ausführungen des Ge-

K

K

nossen Tüft, daß der Rückgang unserer Stimmen in den Handelsstädten sehr erheblich gewesen sei, weil man dort nicht verstanden habe, die Handlungsgehilfen der Sozialdemokratie günstig zu stimmen, muß ich ebenfalls widersprechen. Seine Auffassungen waren mindestens ein bißchen sehr sanguinisch. Bei aller Anerkennung für die Thätigkeit unserer Genossen im Handelsgewerbe verdanken wir doch weder den dritten und fünften Berliner Wahlkreis ausschließlich der Hilfe der Freien Vereinigung der Kaufleute, noch haben wir Bremen und Lübeck verloren, weil dort eben solche Vereine noch nicht existierten.

Von kleinen Nebensächlichkeiten abgesehen, sind wir in Bezug auf die Organisation einig. Sie ist gewiß noch kein unübertreffliches Muster, aber es kommt auch weniger auf die Form, als auf die Männer an, welche sie handhaben sollen. Weiter hole ich die Mittheilung nach, daß das Archiv jetzt endlich einmal untergebracht und ausgepackt ist, daß im Laufe des Jahres der Katalog fertig und in der nächsten Zeit das Archiv den Parteigenossen zur Verfügung gestellt sein wird. Die Regelung dieser Angelegenheit ist verögert worden dadurch, daß im Sekretariat der Partei schon früher ein Reichstagsabgeordneter, jetzt deren zwei vorhanden sind, welche viel Zeit brauchen, um ihrem Mandat gerecht zu werden; dann sind die Wohlen dazwischen gekommen und zuerst hat es auch an einem Raum für das Archiv gefehlt.

Bezüglich der Agitation haben wir zwar sehr vieles gehört, aber meistens wurden doch die alten Bekannten, nur theilweise mit neuem Gewand vorgestellt. (Sehr richtig!) Ich mache damit den Genossen keinen Vorwurf, auch ich wüßte nicht, was ich Neues sagen sollte. Was alles nothwendig, was alles schwierig ist, das haben wir immer wiederholen hören. Wenn nun unser alter verehrter Genosse Lehner, der das Jahr 1848 und die damalige Landagitation erwähnte, glauben sollte, daß wir uns da noch vor einem neuen Gebiete befänden, so würde er sich in großem Irrthum befinden. Wir haben in der Landagitation ganz kolossale Fortschritte gemacht. (Zustimmung.) Ich war dieses Jahr in meiner niederbayrischen Heimath, und selbst dort habe ich diese Fortschritte mit eigenen Augen sehen können. Ueberall in diesen ländlichen Kreisen wird seitens der arbeitenden Bevölkerung die Sozialdemokratie als der Retter aus der Noth betrachtet, auf den sich Aller Augen richten. Wenn es einen zurückgebliebenen Winkel giebt, dann ist es meine Heimath Niederbayern, der schwärzeste Punkt im deutschen Reiche, aber auch dort fehlt es nicht mehr an Anhängern und eifrigen Agitatoren für unsere Sache. Ein Redner aus dem Hessischen meinte, man müsse aufs Land immer neue Redner schicken, man verlange dort immer frische Kräfte. Das kann doch nicht so ganz zutreffen, der Pfarrer ist ja auch immer derselbe (Große Heiterkeit).

an dem müssen Sie sich ein Beispiel nehmen. In den Versammlungen ist es daneben aber doch auch interessanter als in der Kirche, wo nur Einer spricht und die Andern zuzuhören haben. —

Am meisten umstritten worden ist das Kapitel von der Presse. Da habe ich mich zunächst gegen den Sprecher der Kontrolleure zu wenden, in deren Aufrage Meister uns einen Tadel ausgesprochen hat, weil wir zu viel Geld für die Presse ausgegeben haben. Ich stelle mir richtig, daß man die im Bericht gegebenen Ziffern in ihrer Gesamtheit so schlankweg nicht auf das Konto des durch den Parteivorstand Gegebenen schreiben darf. In Wirklichkeit haben die Unterstüzungen nicht 50,000 Mk. ausgemacht, sondern die in diesem Jahre seit dem vorigen Parteitage beschlossenen Unterstüzungen betragen bloß 16,154 Mk. Der „Vote von der Saar“ ist mit 1900 Mk. ausgeführt; diese Unterstüzung erfolgte auf Grund früherer Parteibeschlüsse. Auf die „Elsas-Lothringische Volkszeitung“ mit 3500 Mk. trifft ganz dasselbe zu; die Ausgabe für die „Gazeta Robotnicza“ von 3350 Mk. ist uns entstanden in Folge des Hallenser Beschlusses, ein polnisches Blatt herauszugeben. Die Summe für die „Münchener Post“ ist auch schon im vorigen Jahre ausgezahlt gewesen. Die Zahlungen für die „Volkstribüne“ mußten geleistet werden, nachdem das Blatt eingegangen war, weil wir die Berliner Arbeiterbibliothek übernommen hatten, und wir sind dabei sehr gut weggekommen. Ueber die 10,000 Mk. für die „Wiener Arbeiterzeitung“ brauche ich wohl nicht weiter zu sprechen, Sie haben ja den Dank des Genossen Reumann gehört und aus Ihrem Beifall zu seinen Worten habe ich schon die Decharge herausgehört. Wir stecken den Blättern das Geld wirklich nicht leichtfertig zu. Fragen Sie nur bei den Genossen an, die kein Geld auf ihren Antrag bekommen haben. Wenn man auch nicht von Knauerigkeit des Vorstandes sprechen kann — Genosse Schmidt-Frankfurt hat uns ja schon früher in dieser Beziehung die größten Liebenswürdigkeiten gesagt, er meinte, daß wir auf den Geldsack säßen wie alte Geißhölle (Heiterkeit) — so ist doch die Ermahnung der Kontrolleure, den Daumen auf den Beutel zu halten, auch nicht immer durchführbar.

Was nun das Wochenblatt betrifft, so kann ich der Auffassung nicht beitreten, daß dieses neue Organ für die Landagitation benutzt werden soll. Diese Absicht liegt dem Parteivorstande ganz fern. Das Blatt soll vor Allem der Erörterung von Parteifragen dienen, in der Art wie früher es der Leipziger „Volksstaat“ und „Vorwärts“ und der „Neue Sozialdemokrat“ thaten. Heute fehlt dafür ein Organ, der „Vorwärts“ kann es nicht sein. Wir haben fast gar keine Situationsberichte aus den einzelnen Bezirken, der „Vorwärts“ ist in ganz hervorragendem Maße Lokalorgan geworden. Den kleinen Wochenblättern wird dadurch nicht ein Abonnent ver-

loren gehen. Geschähe das, dann würde das neue Blatt eben seinen Zweck verfehlt haben. Trotz alledem wird es mir schwer, dafür zu stimmen, und zwar wegen der Personenfrage. Beschließen Sie einen festen Termin, bis zu welchem das neue Blatt eingerichtet sein muß, so werde ich mit Nein stimmen; denn die Frage nach dem geeigneten Redakteur ist nicht beantwortet, der passende Mann ist nicht genannt worden, so lang auch die Deporelliste des Genossen Fuchs war. Fuchs selbst hat ja erklärt, daß er mit allen von ihm Genannten Rücksprache nicht genommen, und angeboten hat sich bis jetzt noch keiner. Die Frage der Persönlichkeit bleibt, darüber täuschen Sie sich nicht, ausschlaggebend. Wir haben mit dem Moment, wo das Blatt geschaffen wird, zwei Zentralorgane, die sehr leicht zu Fraktionen kommen können, wenn sich die Redaktionen nicht ganz genau unter einander verstehen. Nehmen Sie den betreffenden Antrag an, dann verstehe ich ihn als den Ausdruck des Wunsches, daß der Vorstand die Angelegenheit weiter zu führen bemüht sein soll.

Was nun endlich die Zustände beim „Vorwärts“ betrifft, so muß doch der Genosse Schmidt-Berlin sich den Parteivorstand als eine sehr knauserige Gesellschaft vorstellen, wenn er ausführt, daß schon der Vorgänger von Schoenlant, ebenso wie dieser, wegen Ueberschneidung ausgeschieden sei, weil der Parteivorstand beiden die Anstellung einer Hilfskraft abgelehnt habe. Wenn Schoenlant in Folge von Ueberschneidung ausgetreten ist, so ist dieser Grund mir und auch den andern Vorstandsmitgliedern neu. Der Vorgänger Schoenlant's steht aber heute wieder an derselben Stelle im „Vorwärts“. Wenn er damals aus Ueberschneidung ausgetreten wäre, hätte er doch sehr unvorsichtig gehandelt, sich jetzt wieder in die Treitmühle einzustellen.

Von den Genossen Schoenlant, Kronz und den anderen Redueern, die mit den Genannten übereinstimmen, hätte ich wenigstens erwartet, daß sie uns im Vorstände nicht für so gar traurige Geschäftsleute gehalten hätten, die nicht wissen, daß jeder Groschen, der zur Verbesserung des Inhalts des „Vorwärts“ angewendet wird, Bucherzinsen trägt. Eine Geldfrage ist die Frage der Redaktionsbesetzung des „Vorwärts“ nie gewesen. Lediglich um eine Personenfrage handelt es sich. Geld haben wir thatsächlich, aber den rechten Mann am rechten Orte zur rechten Zeit können wir nicht einfach durch Beschlüsse und Wünsche herbeiführen. Der Nachwuchs für die in kurzer Zeit rasch angewachsene Parteipresse ist noch nicht da. Dazu kommt ein anderes. Ein von uns angestellter Genosse erhält gewissermaßen damit ein Recht auf diese Stelle. Wir können nicht wie der Bourgeois sagen: „Wir wollen es mal probiren! Laugt er nicht, so lasse ich ihn nach 4 Wochen wieder gehen.“ Deshalb ist die Personenfrage für uns so außer-

ordentlich schwierig, und bis jetzt ist es uns noch nicht gelungen, die Redaktion des „Vorwärts“ so zu besetzen, wie wir es wünschen. Es sind hier harte Worte der Kritik gefallen, aber im Großen und Ganzen ist uns gar nichts Neues gesagt worden. Wir empfinden diese Mängel wie Sie. So richtig wie Schoenlant's Kritik war, überraschte sie mich gerade von seiner Seite. Schoenlant war es, der wesentlich mit die Ordnung der Verhältnisse im „Vorwärts“ erschwert hat. Wir haben ihn feinerzeit erlucht, in die Redaktion einzutreten. Er gab uns damals einen Rorb; er trat bei einem Unternehmen ein, welches halb kathecholisches, halb parteigenössliches schreibt und jedenfalls kein parteigenössliches Organ ist und sein will, wenn auch der Redakteur Parteigenosse ist. Nach kurzer Zeit gab Schoenlant aber dies Verhältniß auf und bot sich uns an. Wir nahmen ihn sofort und waren froh in der Hoffnung, daß jetzt endlich einmal im „Vorwärts“ stabile Verhältnisse eintreten würden. Denn dem „Vorwärts“ fehlt der leitende Mann. Liebknecht ist unser bewährtester Genosse, unser erster Agitator. Er soll überall sein. Raun daß die Reichstagswahl vorbei war, mußte er nach Zürich; können Sie sich einen internationalen Kongreß denken, den Deutche besuchen, wo Liebknecht nicht dabei ist? Von da ging er nach Sachsen zur Landtagswahl-Agitation; jetzt sitzen wir hier in Köln, und bald kommen die Reichstagsverhandlungen, die ihn dann in Anspruch nehmen. So geht es Jahr aus Jahr ein. Der Leiter des Blattes fehlt von den zwölf Monaten des Jahres mindestens fünf. Dennoch will ihn Niemand entbehren an dieser Stelle: also müssen wir ihn entlasten von einer Arbeit, die er im bisherigen Umfang einfach aus physischen Gründen nicht zu tragen im Stande ist.

Wie gesagt, wir engagirten Schoenlant und freuten uns, daß wir endlich die Hilfe, die Entlastung hatten, die wir so nothwendig brauchten. Nach erfolgter Auflösung des Reichstags erklärte nun Schoenlant, er wolle kandidiren. Wir haben alles ausboten, ihn davon abzubringen, ich bin sogar so weit gegangen, ihn grob anzufahren (Peiterteit); er erklärte uns aber, er habe wie jeder Genosse das Recht, alle Würden in Anspruch zu nehmen, die man durch die Befähigung im öffentlichen Leben erwerben könne, er wolle sich nicht in den Redaktionswinkel vergraben lassen, er wolle auch an der Stelle stehen, wo man gesehen werde. (Hört! Hört!) Das „Hamburger Echo“ wurde hier gelobt; dieses Blatt zeichnet jedenfalls der Umstand aus, daß es eine konstante Redaktion hat, wo, mit einer Ausnahme, keiner der Redakteure ein Nebenamt hat. Die Redaktion des „Vorwärts“ läßt sich auch nicht im Nebenamt wahrnehmen. Gerade Schoenlant trifft also ein erheblicher Theil der Schuld, daß noch diese Klagen gegen die Redaktion erhoben werden können. Schoenlant ist es, der uns im Stiche gelassen hat. Nun redet man von Fälschtheit; gerade Schoenlant hätte das geringste Recht, diesen Vorwurf zu

erheben. Wir zählen am „Vorwärts“ Gefässer, welche gewiß bei der Bourgeoispresse noch höher sind; der Vergleich muß aber in unsern Reihen bleiben, und da erinnere ich an das Wort des Genossen Hoffmann auf dem Berliner Parteitage: Lieber Hausrecht am „Vorwärts“ als Redakteur eines Lokaltages in der Provinz! Als wir Firmenträger vom Hamburger Geschäft das Gehalt der leitenden Redakteure des „Echo“ auf 300 Mark pro Monat erhöhten, haben uns die Hamburger Genossen in öffentlicher Versammlung ein Mißtrauensvotum ausgehellt. Wir dürfen nicht vergessen, daß Genossen, welche als Redakteure in der Parteipresse sehr Verdienstliches leisten, noch immer mit 25 Mark pro Woche bezahlt werden. Ueber den zweiten Redakteur, welchen Schoenlant verlangte, hätte sich ja reden lassen; aber er hatte uns in seiner bekannten erregten Art sehr rasch den Stuhl vor die Thür gesetzt, und wir mußten uns auch sagen: Wozulange ist er ja noch an keiner Stelle geblieben, er möge hingehen, unser Segen sei mit ihm! (Große Heiterkeit.) Aber er durfte sich nicht hier hinstellen, uns derart abzanzeln und uns Geizknüppel schelten. Wir sind eben bei der Anstellung der Redakteure auch an gewisse Grenzen gebunden. Liebnecht ist nicht der einzige Abgeordnete am „Vorwärts“; augenblicklich sind bis zu der Anstellung in Aussicht genommenen Wechsel des Lokaltredakteurs drei und mit Schoenlant waren vier Abgeordnete beim „Vorwärts“ beschäftigt. Also die Redaktionsfrage, ich wiederhole es noch einmal, ist nicht eine Frage des Geldes. Den Tropfen jüdischen Blutes hat der Vorstand in seiner Mitte, daß er weiß, wie Geld anzulegen ist. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Diskussion über die „Vorwärts“-Angelegenheit hier uns nicht geschadet hat. Wir müssen Ordnung schaffen; aber ich konstatire, daß der, der hier als erster Angreifer auftritt, uns bei dem Bemühen, Ordnung zu schaffen, im Stiche gelassen hat.

Der Referent präzisirt nun gegenüber den einzelnen Anträgen kurz die Stellung des Parteivorstandes und schließt unter lebhaftem Beifall mit der Bitte, falls er die Zeit etwas lange in Anspruch genommen habe, dies damit entschuldigen zu wollen, daß er auf eine zweitägige Debatte zu antworten hatte.

Für die Kontrolleure erhält hierauf das Schlusswort

Meister: Merkwürdigerweise ist gegen meine Ausführungen nur von Genossen aus solchen Orten Stellung genommen worden, welche zu den Pensionären unserer Hauptklasse gehören. Anders steht es mit dem Vorwurf des Genossen Kurz, daß die Kontrolleure einen kleinlichen Gesichtspunkt in dieser Frage eingenommen hätten. Wir mußten auch dieser Frage unsere Aufmerksamkeit widmen, wenn wir unser Mandat ganz ausfüllen wollten. Irrig ist, wenn die Genossen glauben, wir Kontrolleure seien überhaupt gegen jede Unterstützung der Parteipresse. Nach dem Aufhören des Aus-

K

nahmegesehes sind die Parteiblätter wie die Pilze aus der Erde gewachsen, an verschiedenen Orten wäre nach unserer Meinung ein eigenes Organ nicht nöthig gewesen. Sehr wohl wäre es möglich, daß die Genossen solcher Orte sich mit einem Blatte begnügten, welches in einem nahe gelegenen Orte erscheint, und nicht für ganz kleine Kreise Konkurrenzblätter schaffen. Das bestehende ältere Organ würde dann besser fundirt sein, und zahlreiche Mißhelligkeiten würden fortfallen. Es birgt auch eine Gefahr für die Partei in sich, wenn von dem Partei-Vorstande den Ansprüchen auf diesem Gebiete zu willig entgegengekommen wird; denn was dem Einem gewährt wird, kann dem Andern nachher nicht verweigert werden. Ein unangenehmes Verhältniß der Kontrolleure zu dem Parteivorstand hat nicht im geringsten Platz gegriffen. Wir wissen, der Parteivorstand prüft sehr genau, und wenn er Geld gewährte, hat er vor einer vollendeten Thatsache gestanden, ob das Blatt Bankrott machen soll oder nicht. Legien hat den „Volkswille“ in Hannover erwähnt. Dieser aber hat deswegen keinen Zuschuß erhalten, weil er versucht hat, sich aus den zur Verfügung stehenden Mitteln einzurichten. Das ist an manchen Orten nicht geschehen. Sie werden vielleicht dem Antrage auf Gründung eines Wochenblatts ihre Zustimmung geben. Auer hält es für ganz unschädlich für die bestehende Lokalpresse; ich bin anderer Ansicht. Die verschiedensten Zweckbestimmungen werden dem Blatte untergelegt. Es würde aber, wenn es nach allen den erwähnten Richtungen ausgestaltet wird, jedem etwas bieten und dann doch wirklich die bestehende Presse gefährden. Wir halten dafür, es kommt nicht allein darauf an, mit der Zukunft zu rechnen, sondern in etwas auch mit der Gegenwart, mit der bestehenden Presse, deren Existenzfähigkeit für uns wesentlich mit in Betracht kommt. Für Hannover spreche ich nicht, denn das hannoversche Blatt wird sich ohne Zuschuß erhalten; es müssen aber alle allgemeinen Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden, die bei solchen Neugründungen in Betracht kommen; daran haben wir uns gehalten, und deshalb richten wir an die Parteigenossen im Lande diese Mahnung. Dem Vorstande bitte ich Namens der Kontrolleure Decharge zu ertheilen.

Schoenlant bemerkt persönlich gegen Auer: Ich war bereits wochenlang bei dem Sozialpolitischen Zentralblatt engagirt, als der Vorschlag des Vorstandes an mich herantrat; ich konnte ihm nicht entsprechen. Auch war nicht ich, sondern Liebnecht Chefredakteur. Zwei Chefredakteure kann es ebenso wenig geben, als zwei Chefs eines Generalsstabs.

Entsprechend dem Antrage der Kontrolleure wird dem Parteivorstand einstimmig Decharge ertheilt.

Es wird nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge 20—68, 107—111, 118—122 und 125 geschritten.

K

Der Antrag 29 wird unter Ablehnung des Unterantrages Stadthagen mit starker Mehrheit angenommen.

Zum Antrag 32 (Zentral-Wochenblatt) führt Singer aus, daß nach der Ansicht des Vorstandes, ohne sich auf Einzelheiten zu verpflichten, das Blatt wöchentlich einen prinzipiellen Artikel mit Bezug auf das Programm, ferner einen politischen Artikel über eine aktuelle Frage, dann eine Chronik der Ereignisse innerhalb der Partei bringen solle, so daß dem Blatte ein lokaler Charakter nicht anhafte. Der Vorstand sei der Meinung, daß an eine Konkurrenz mit anderen Parteiblättern kaum zu denken sein werde.

Es wird beschlossen, über den Antrag in der Fassung abzustimmen, wie sie der Antrag 110 vorschlägt.

Die Abstimmung ist eine namentliche und ergibt die Annahme des Antrags mit 134 gegen 66 Stimmen.

Mit Ja stimmen: Adler, Auer, Albert, Antrick, Arons, Baerer, Bamberger, Bebel, Beckmann, Berthold, Bilz, Böffert, Bogasch, Deinhardt, Diehl, Doppler, Eberle, Eichhorn-Dresden, Eichhorn-Pirna, Fell, Felgentreff, Fiedermann, Fischer-Berlin, Fischer-Gamburg, Fries, Frits, Fuchs, Geß, Gerisch, Gerischer, Gerlach, Gewehr, Gockel, Grauer, Günther, Haase, Hamann, Harm, Haselbeck, Heinrich, Hesse, Hekmer, Heusgen, Heymann, Hillermann, Hofmeister, Hofrichter, Huber, Huth, Jahn, Jochem, John, Kaufmann, Keller, Kerrel, Kleemann, Klippel, Köhler, Lange, Legien, Lehmann, Lehniger, Lesche, Lesner, Leven-Gera, Leven-Solingen, Lienau, Lütgenau, Luz, Meiß, Meist, Wegner, Meyer, Michaels-Wadensburg, Michels-Köln-Land, Millarg, Mollenbühr, Müller, Nikulski, Nischke, Orbig, Oertel, Oeffermann, Opificius, Oster, Ostwald, Prinz, Rahm, Reinhardt, Nibel, Röber, Rohrlach, Rüdert, Schaaf, Schaal, Schallbruch, Schippel, Schlieper, Schmid-München, Schmidt-Berlin, Schmidt-Burgstädt, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Krefeld, Schneider, Schoenlant, Schröder, Schuhmacher-Mülheim, Schulze-Königsberg, Schulz-Berlin, Schulz-Meningen, Schulze-Vernburg, Schumacher-Solingen, Schumann, Schwarz, Silber Schmidt, Singer, Slomke, Spörkel, Stadthagen, Stamm-Nemisch, Strikus, Stolten, Ströbel, Stubenreich, Susstos, Thiele, Tiede, Türk, Vökel, Voigt, Wengels, Wernicke, Wilde, Ziegler.

Mit Nein stimmen: Vater, Berard, Voch, Bohne, Breil, Bron, Buder, Dahlen, Dreyer, Dubber, Erdbeer, Franke, Frohne, Fülle, Galm, Geper, Gottschald, Händel, Heilmann, Herbert, Hofmann, Hölze, Holzhäuser, Hug, Hülle, Jakob, Joest, Jost, Joszt, Kaden, Katzenstein, Klees, Klingshagen, Kobel, Koenen, Kowalewski, Künkel, Kunkel, Künke, Kutsche, Leopoldt, Leihardt, Liebknicht, Meißner, Wegger, Paul, Quandt, Haue, Reißhaus, Rosenow, Schmalfeld, Schmidt-Zwickau, Schmidt-München, Schmitt.

Pirmasens, Schrader, Stamm-Gannstadt, Stein, Stephan, Stücken, Stüven, Wassermann, Wecker, Wiehle, Wurm, Zettin, Zubeil.

Die Verfündigung des Resultats wird mit Beifall aufgenommen. Die Anträge 32—37 sind damit erledigt. Antrag 107 (Wochenblatt für die ländliche Bevölkerung) wird gegen eine verschwindende Minorität abgelehnt.

Zur Annahme gelangen ferner der Antrag 38, der Antrag 114 in der Fassung Doppler, die Anträge 47, 58, 108, 115, 66, 118 und 117.

Alle übrigen Anträge werden abgelehnt.

Damit sind die Punkte 1—3 der Tagesordnung erledigt.

Schluß 6¼ Uhr.

### Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 25. Oktober.

Vormittagsfikung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Fell, welcher zunächst den Eingang einer weiteren Reihe von Zuschriften und Kundgebungen an den Parteitag verkündet.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4.

#### Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

(Referent: Paul Singer.)

Gleichzeitig zur Debatte gestellt werden die Anträge 90—99, die sämtlich genügende Unterstützung erhalten.

Berichterstatter Singer: Ich habe dem gedruckt vorliegenden Bericht wesentliches nicht hinzuzufügen. Es könnte höchstens eine Verichtigung eintreten bezüglich der Interpellation, die wir in der vorigen Session in Betreff des Polizeipräsidenten Feichter in Straßburg eingebracht haben, insofern als diese Sache inzwischen allerdings ihren Abschluß gefunden hat. Der Straßburger Polizeipräsident ist durch seine vorgelegte Behörde von diesem Posten abberufen worden, und die Privatklagen, die sich an die Affaire geknüpft hatten, sind zurückgenommen worden. Die Herren in Straßburg haben sich friedlich die Hände gereicht, wahrscheinlich in der Meinung, daß es der Bourgeoisie nicht angenehm sei, das Auftreten Feichter's vor Gericht erörtern zu lassen. Es ist vollkommen klar, die Gesellschaft, in der sich Vorgänge à la Feichter abspielen können, trifft selbst der größte Vorwurf dafür, daß ihre Bürger Zustände dulden, in denen Polizeibeamte in Feichter'scher Manier auftreten können.

Die prinzipielle Stellung, welche die Fraktion in Uebereinstimmung, wie ich hoffe, mit der gesamten Partei und allen auf